

# Holzarbeiter-Zeitung

Ne. 25  
37. Jahrgang

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Berlin,  
22. Juni 1929

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. / Der Bezugspreis beträgt monatlich 50 Pfennig. In bestanden durch sämtliche Postanstalten. Die Mitglieder des Verbandes erhalten die Zeitung unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Acker, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, am Köpenicker Damm 2.  
Telefon: Amt Köpenick 62 46.

Geschäftsanzeigen werden nach Tarif berechnet. Arbeitervermittlungen 50 Pfennig die Millimeterzeile. Verbandsanzeigen kosten 30 Pfennig die Millimeterzeile.

## Kapitalbildung und Lohnhöhe.

Von Paul Ufermann.

Der Kampf um das Sozialprodukt nimmt immer heftigere Formen an. Nicht nur streiten sich darum die beiden großen Gruppen Unternehmer und Arbeiter, sondern auch innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft geht eine heftige Rauferei um den kapitalmäßigen Überschuss der menschlichen Arbeitskraft vor sich. Jede Generalversammlung einer Aktiengesellschaft legt davon Zeugnis ab. In der Regel sind die Aktionäre, soweit die Aktien nicht im Besitz der den Unternehmungen nahestehenden Gruppen sind, mit der Verteilung der Dividende nicht zufrieden. Sie glauben, daß die Erträge des Unternehmens einen höheren Betrag zur Dividendenauszahlung zulassen. Man kann auch sehr deutlich beobachten, daß die Unternehmungen immer mehr und mehr dazu übergehen, eine Politik larger Dividendenauszahlung zu betreiben. Damit soll nicht gesagt werden, daß die Dividendensummen zu niedrig sind, aber es ist zweifellos daraus das Bestreben einer systematischen Selbstfinanzierung zu erkennen.

Die Selbstfinanzierung wurde naturgemäß schon immer geübt. Aber in so ausgeprägter Weise wie in der Nachkriegszeit ist sie niemals in Erscheinung getreten. Den Finanzbedarf einer Unternehmung aus laufenden Einnahmen zu decken, wird heute als Gebot der Selbsterhaltungspflicht bezeichnet. Man führt dabei das Argument ins Feld, daß die Rationalisierung und die Umstellung der Betriebe hohe Kosten verursachen. Wollte man die benötigten Summen auf dem öffentlichen Kapitalmarkt decken, dann würde die Belastung infolge der hohen Zinsen so hoch sein, daß die Rentabilität in Frage gestellt sei. In dem Geschäftsbericht der Darmstädter und Nationalbank werden die Erreichung von Rentabilität und Kapitalbildung als die kraftpendenden Elemente der Wirtschaft bezeichnet. Bei alledem hat man das große Beispiel der Selbstfinanzierung im Auge, welches die Ford-Motor-COMPANY gegeben hat. Dieses Unternehmen, welches aus einem Anfangskapital von 28 000 Dollar in einen Kapitalwert von etwa 1 Milliarde Dollar hineingewachsen ist, ohne in der Zwischenzeit auch nur einen einzigen Cent Fremdkapital aufzunehmen, gilt als ein Anschauungsunterricht von seltener Wirksamkeit. Es wird dabei unberücksichtigt gelassen, daß das Beispiel, welches Ford gegeben hat, für Deutschland, selbst den kleineren Verhältnissen hierzulande angepaßt, eine fata Morgana bedeutet. Ferner wird nicht beachtet, daß Ford dieses Kunststück bei hohen Löhnen fertigbrachte.

Selfe rich hat in seinen Untersuchungen über die Kapitalbildung vor dem Kriege die Hälfte aller Neubildung auf die Quelle dieser Unternehmungsakkumulation zurückgeführt. Für die Nachkriegszeit nimmt Dr. Erich Belker, ein Redakteur der „Frankfurter Zeitung“, die kapitalbildende Rolle der Unternehmungsakkumulation mit 2500 Millionen an. Aber die Kapitalneubildung in Deutschland sind in letzter Zeit verschiedene Untersuchungen angestellt worden. Die Reichs-Kredit-Gesellschaft nimmt für 1927 die Neubildung von 7,6 Milliarden Mark an. Die Weltersche Schätzung kommt auf 9 Milliarden Mark. Dr. Kurt Singer kommt in seiner Schrift „Kapitalbildung und Kapitalbedarf in Deutschland“ auf die Ziffer von 6,5 bis 8,5 Milliarden Mark im Durchschnitt der Jahre 1925 bis 1927. Für England hat das mit der Untersuchung der Finanzlage betraute sogenannte Colwyn Committee eine Schätzung versucht, die auf eine Kapitalbildung von 450 bis 500 Pfund Sterling ausläuft. Der Industriebericht der englischen Liberalen Partei veranschlagt die Selbstfinanzierung in England auf ungefähr 195 Millionen Pfund Sterling. Von dem Kapitalzuwachs der Vereinigten Staaten von Nordamerika soll etwa ein Viertel auf die Selbstfinanzierung der Unternehmungen entfallen. Aus diesen

Beispielen ist zu ersehen, daß außerordentlich hohe Summen des alljährlich neugebildeten Kapitals in den Unternehmungen bleiben und dort für die eigenen Zwecke verwandt werden.

Daß die deutsche Wirtschaft überhaupt in der Lage ist, jährlich 7,5 bis 9 Milliarden Neukapital zu erübrigen und davon die Summe von 2,5 Milliarden für die Zwecke der Selbstfinanzierung abzuweigen, dürfte der Beweis für eine sehr gesunde Grundlage sein. Nur auf einer breiten Basis der Gütererzeugung ist eine solche Kapitalbildung möglich. Zweifellos haben die Bestrebungen der Gewerkschaften, die Löhne zu erhöhen, dahin geführt, daß die Rationalisierung und die Produktionssteigerung folgten. In der von der „Frankfurter Zeitung“ herausgegebenen Zeitschrift „Die Wirtschaftskurve“ wurde im Heft 4 des Jahrgangs 1928 in diesem Zusammenhang folgendes ausgeführt: „Hätten in Deutschland keine Arbeitslosen für Sorge und keine Arbeiterorganisation bestanden, wäre also der Arbeitsmarkt nicht ‚kartellmäßig‘ beeinflusst worden, so wäre das Lohnniveau im Krisenjahre 1925 sehr viel rascher und stärker, als es geschah, gesunken. Dann wären zwar auch die Produktionskosten stärker gesunken, die Gütererzeugung hätte aber in den Jahren 1926 bis 1928 nicht im entferntesten das erreichte Ausmaß erlangen können, eben weil die Rationalisierung in viel langsamerem Tempo erfolgt wäre.“

In diesem Aufsatz befindet sich auch eine Widerlegung des Unternehmerstandpunkts, daß eine ausreichende Selbstfinanzierung nur möglich sei durch Niedrighaltung der Löhne. Wie verkehrt dieses Mittel wäre, wird durch folgende Ausführungen klar bewiesen: „Lohnsenkung erschwert zum mindesten den technischen Fortschritt, hohe Löhne bzw. Lohnsteigerung erzwingen ihn. Technischer Fortschritt bedeutet aber Steigerung der Produktivität und somit auf die Dauer auch gesteigerte Kapitalbildung. Nun setzt aber technischer Fortschritt neue Kapitalinvestition voraus. Das scheint einen circulus vitiosus zu ergeben: Sind die Löhne hoch und die Kapitalbildung infolgedessen gering, so fehlt das Kapital zur Rationalisierung. Bei dieser Beweisführung wird aber übersehen, daß der Kapitalvorrat einer Volkswirtschaft nicht starr begrenzt ist. Die an sich lebensfähigen und gut fundierten Unternehmungen können stets Kapital erhalten. Es fragt sich nur, zu welchem Zins. Die jeweilige Grenze für die Zinslast wird aber durch die Lohnhöhe gegeben. ... Das Sozialprodukt wird, wie oben dargelegt, bei hohen Löhnen infolge der erzwungenen Rationalisierung gesteigert, soweit das technisch und finanziell möglich ist. Umgekehrt wird durch Druck auf das Lohnniveau der technische Fortschritt gebremst und damit schließlich die Produktivitätssteigerung hintangehalten. Besonders deutlich zeigt sich das in denjenigen Fällen, in denen infolge rückständiger technischer Ausrüstung internationale Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt wird. Wird hier ein Lohndruck mit Erfolg durchgesetzt, so bleiben die technisch rückständigen Betriebe erhalten, die Produktivität verharrt auf relativ niedrigem Niveau, und die Kapitalbildung wird auf die Dauer wiederum nur gehemmt. Es sei hier nur an die Verhältnisse in der englischen Kohlenindustrie erinnert.“

Diesen äußerst klaren Ausführungen braucht wenig hinzugesetzt zu werden. In der Tat ist es so, daß nur hohe Löhne eine ausreichende Produktionsbasis und somit die Möglichkeit der Kapitalneubildung verbürgen.

Es ist eine Streitfrage, ob die Selbstfinanzierung immer zum Guten geführt hat. Sehr oft ist erst dadurch eine volkswirtschaftlich ungesunde Fehlleitung des Kapitalstroms herbeigeführt worden. Man braucht nur an die Kalkindustrie, die Zementindustrie, die Schwereisenindustrie u. a. zu denken, um zu erkennen,

daß eine ungesunde Investitionstätigkeit zur Vernichtung von Kapital geführt hat. Hätten die Unternehmer diese Summen durch Anleihen aufnehmen müssen, dann wäre diese Fehlleitung zweifellos nicht erfolgt.

Unsere Ausführungen dürften beweisen, wie wichtig das Problem Kapitalbildung, Selbstfinanzierung und Lohnhöhe ist. Es ist notwendig, daß die Gewerkschaften ihm die größte Beachtung schenken.

## Frauenüberschuß und Industrialisierung.

Der Weltkrieg mit seinen großen Blut- und Todesopfern und dem die Volkskraft indirekt noch schwerer schädigenden Geburtenausfall hat ein Problem brennend werden lassen, das schon Ende des vorigen Jahrhunderts seine Schatten drohend über Europa warf, nämlich das Problem des Frauenüberschusses. Während in der Vorkriegszeit einige Länder des südöstlichen Europas eine Ausgeglichenheit des männlichen und weiblichen Teiles ihrer Bevölkerung zeigten, ja sogar einen Männerüberschuß aufwiesen, haben jetzt alle Staaten Europas einen Frauenüberschuß mit der deutlichen Neigung zur weiteren Erhöhung. Alle Staaten, die jetzt noch einen statistisch ausgewiesenen Männerüberschuß haben, liegen außerhalb Europas. Aber auch bei ihnen ist zum Teil die Tendenz zur Annäherung an die Parität der Geschlechter in der Bevölkerung unverkennbar.

Nachstehende Zusammenstellung gibt einen Überblick über das Verhältnis der Männer zu den Frauen in verschiedenen Ländern. Von der Gesamtbevölkerung kamen

	Frauen auf tausend Männer		
	1895/1905	1906/10	1920/25
Großbritannien .....	1067	1060	1094
Norwegen .....	1083	1099	1054
Dänemark .....	1058	1060	1051
Schweden .....	1049	1046	1037
Spanien .....	1049	—	1062
Deutschland .....	1029	1027	1067
Europäisches Rußland .....	1025	1036	1111
Frankreich .....	1022	1023	1098
Niederlande .....	1017	1021	1013
Belgien .....	1013	1017	1033
Italien .....	1010	1032	1078
Bulgarien .....	—	958	1002
Serbien .....	943	936	1039
Griechenland .....	921	986	1013
Japan .....	—	980	990
Ver. St. v. Nordamerika .....	952	943	961
Britisch-Indien .....	—	953	945
Sibirien .....	—	943	1035
Kaukasus .....	—	901	954
Korea .....	—	885	948
China .....	—	801	—

Aus dieser Zusammenstellung ist zu ersehen, daß die ausgesprochenen Industriestaaten schon vor dem Weltkriege einen wachsenden Frauenüberschuß hatten. In der Nachkriegszeit hat sich diese Tendenz noch verschärft. Was die Vereinigten Staaten von Nordamerika betrifft, die auch nach dem Weltkriege noch ihren Männerüberschuß bewahren konnten, so verwirrt hier die frühere starke Einwanderung das Bild. Aber die Einwanderungsbeschränkung seitdem hat offenbar gemacht, daß auch dieses Land die Folgen seiner Industrialisierung in der Änderung der Zusammenfassung seiner Bevölkerung zu spüren bekommt. Im letzten Vierteljahrhundert hat sein Männerüberschuß langsam abgenommen. Die ausgesprochenen Länder der agrarischen Produktion weisen heute noch, auch soweit sie am Weltkriege beteiligt waren, einen erheblichen Männerüberschuß auf.

Da die Geburtenziffer für Knaben in Europa durchweg höher ist als die für Mädchen, biologisch also ein Männerüberschuß natürlich wäre, so entfällt die Möglichkeit, auf ein Naturgesetz zu schließen, das im Verein mit klimatischen oder sonstigen spezifischen Daseinsbedingungen Europas oder anderer Industriegegenden das Zahlenverhältnis der Geschlechter zugunsten der Frauen bestimme. Viel näher liegt der Schluss, von der Tatsache auszugehen, daß vorwiegend industrielle Länder einen Frauen-, vorwiegend agrarische Länder dagegen einen Männerüberschuß ausweisen. Landarbeit wird in allen ihren Teilen von Frauen und Männern gemeinsam betrieben, zumal in den außereuropäischen Agrarstaaten des Ostens. Beide Geschlechter leben also hier unter gleichen gesundheitlichen Verhältnissen. Wenn daraus ein Männerüberschuß resultiert, dann muß von Natur aus der



Mann eine größere physische Lebensfähigkeit oder Widerstandskraft besitzen, so daß damit der niedrigere weibliche Anteil an der Gesamtbevölkerung begründet wäre.

Um so trauriger und beschämender ist alsdann das Ergebnis für die modernen Industriestaaten. Die schwere körperliche Arbeit in viel zu langen Schichten, der Aufenthalt in oft mit giftigen Gasen, Dämpfen und Staub gefüllten Räumen, das fast gänzliche Fehlen längerer Ferien und der Mittel zur Erholung in guter Luft: alles das zehrt furchtbar am Lebensmark der modernen Industriearbeiter.

Die menschliche Arbeit ändert, um mit Engels zu reden, nicht nur das Antlitz der Erde, sie ändert, und daran kann gerade im Hinblick auf die Zusammenhänge zwischen Frauenüberschuß und Industrialisierung gar kein Zweifel sein, auch die biologische Struktur der Menschheit selbst.

Patrioten.

Es ist noch in guter Erinnerung, daß die Befehung des Ruhrgebiets im Jahre 1923 nicht nur den Bewohnern der unmittelbar betroffenen Gebiete schwere Leiden gebracht hat, sondern daß sie auch der Anfang vom Ende der Mark war.

Nicht das ganze Volk hat unter den Schrecken der Inflation gelitten. Gewisse Kreise, für die Stinnes das leuchtende Vorbild war, haben die Not der Volksmassen ausgenutzt, um riesige Vermögen zusammenzurammen, und schließlich haben die Ruhrindustriellen auch noch das hübsche Trinkgeld von 700 Millionen aus der Reichskasse eingestrichen.

Die Erinnerung an die böse Inflationszeit und an den Gewinn, den sie ihnen brachte, ist unter den Ruhrindustriellen noch sehr lebendig und sie haben starke Sehnsucht nach einer Wiederholung jenes Fischzuges.

Ein wichtiger Bestandteil des bisher geltenden Dawes-Abkommens ist die Transferklausel. Sie besagt, daß der Reparationsagent die Abführung der von Deutschland aufgebrauchten Summen an die Gläubigerstaaten einstellt, wenn dadurch die Sicherheit der deutschen Währung gefährdet wird.

Was das bedeutet, schildert Georg Bernhard in sehr anschaulicher Weise in der „Vossischen Zeitung“. „Unter der Transferkrise“, so sagt er, „ist nämlich nicht etwa bloß zu verstehen, daß der Reparationsagent das Unvermögen einzieht, weitere Reparationszahlungen Deutschlands in fremdem Gelde machen zu können.“

Das hat zur Folge, daß die deutschen Papiere verkauft, um Mark in Pfunde und Dollars umzuwechseln. Die Devisenkurse steigen. Die Lebenshaltung in Deutschland verteuert sich. Jeder Deutsche, der irgendwie die Möglichkeit dazu hat, bringt fluchtartig sein Geld ins Ausland oder verläßt mit Aufgeblähten Devisen zu hamstern.

Die Folgen kennen natürlich auch die Industriellen. Sie wurden zum Überfluß auch in ausführlicher Weise von dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in einer Besprechung dargestellt, die er in Essen mit den Ruhrindustriellen hatte.

Bernhard in dem gleichen Artikel mitteilt, die Rede davon, daß eine solche Krise in etwa ein bis zwei Jahren eintreten könne. Er fährt dann fort: „Und was tat da Dr. Thyssen? Er war nicht etwa erschreckt und meinte nicht etwa, daß eine solche Katastrophe doch das Schlimmste sei, was der deutschen Wirtschaft widerfahren könne.“

Gefolgenschaft des deutschnationalen Parteiführers Eugen Berg. Das sind die Kreise, die sich selbst „national“ nennen und den Patriotismus in Erbpacht genommen haben. Ihr Ziel ist es, sich zu bereichern und zu herrschen.

Die Geschäftslage in der Holzindustrie im Mai 1929.

Die Besserung der Geschäftslage, die schon im April festgestellt wurde, hat im Mai weitere Fortschritte gemacht. Unsere Erhebung über den Beschäftigungsgrad in den Großbetrieben der Holzindustrie umfaßt für den Monat Mai 847 Betriebe mit 115 267 Beschäftigten.

stellungen höher als die der Entlassungen. In anderen Berufszweigen, besonders in der Musikinstrumentenindustrie, übersteigt die Zahl der Entlassenen die der Eingestellten. Die Zahl der Großbetriebe mit Kurzarbeit, die im April 178 mit 22 948 Beschäftigten betrug, ist auf 143 mit 19 670 zurückgegangen.

Der Beschäftigungsgrad in den Großbetrieben der Holzindustrie im Monat Mai 1929.

Table with 15 columns: Berufszweig, Beschäftigte, Entlassene, etc. Rows include Möbel, Innenausbau, Weiße Möbel, etc.

1016 Beschäftigten. Die Geschäftslage hat sich gegenüber dem Vormonat im allgemeinen gebessert. Von je 100 Beschäftigten entfallen 48,2 (im April 41,4) auf gut, 29,1 (34,2) auf befriedigend und 22,7 (24,4) auf schlecht beschäftigte Betriebe.

Berichte vor. Am Monatschluß waren 49 154 oder 15,92 Prozent arbeitslos. Ende April betrug die Arbeitslosigkeit 18,24, Ende März 21,65 Prozent der Mitglieder.

Auch das Ergebnis der Erhebung über die Arbeitslosigkeit im Deutschen Holzarbeiter-Verband gibt Kunde von der langsam fortschreitenden Besserung. Aus 1136 Verwaltungsstellen mit 308 717 Mitgliedern liegen

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Holzarbeiter-Verband Ende Mai 1929.

Table with 12 columns: Gau, Berichteten, Arbeitslose, etc. Rows include Ostpreußen, Stettin, Breslau, Berlin, etc.



### Das Berechtigungswesen.

Als seinerzeit, während des Krieges, der damalige Reichsfinanzminister Bethmann-Hollweg den seither zum geflügelten Wort gewordenen Ausspruch tat: „Freie Bahn dem Tüchtigen!“, da war das der Ausdruck einer Erkenntnis, die erst die Notzeit in ihm geweckt hatte. Der Erkenntnis nämlich, daß auch in den sogenannten unteren Klassen der Bevölkerung Kräfte schlummern, die, an den richtigen Platz gestellt, Wertvolles für die Allgemeinheit leisten können, während andererseits der Besitz von Zeugnissen und Diplomen, ganz zu schweigen von dem Vorzug des Besitzes und der Geburt, keineswegs die Gewähr dafür bietet, daß der Begünstigte sich auch in der Praxis bewährt.

Das Wort „Freie Bahn dem Tüchtigen!“ ist seither oft wiederholt worden, es ist aber recht wenig geschehen, ihm wirkliche Geltung zu verschaffen. Fast möchte man sagen, daß der Unfug des „Berechtigungswesens“ im neuen Deutschland eine noch größere Ausdehnung erfahren hat, als er früher besaß. Die ärgsten Blüten treibt der Unfug im Beamtentum. Da kommt bald diese, bald jene Beamtentategorie, die die Forderung erhebt, daß der Zugang zu ihr erschwert werde durch die Erfordernis des Nachweises von Schulzeugnissen, welche die „Berechtigung“ zur Ergreifung dieser Laufbahn gewähren. Je höher die Anforderungen an den „Berechtigungsbesitz“ gestellt werden, desto höher muß man das Gehalt für die betreffende Beamtentategorie bemessen. Hier ist das materielle Interesse der Amtsinhaber an der Hochschraubung der Anforderung für den Nachwuchs handgreiflich.

Von den fraglichen Beamtengruppen ist der Berechtigungswesen auch in das Wirtschaftsleben übergegangen. Da wird, besonders im Handelsgewerbe, von den Lehrlingen der Nachweise einer durch Schulzeugnisse zu belegenden „Reife“ verlangt, die im praktischen Leben völlig bedeutungslos ist. Im späteren Leben fragt auch bei der Einstellung neuer Kräfte kein Mensch mehr nach dem „Reifezeugnis“, sondern man verlangt dann lediglich den Nachweis der Leistungsfähigkeit im Beruf. Daß auch biedere Handwerksmeister auf die Idee verfallen sind, von ihren Lehrlingen ein „Reifezeugnis“ zu verlangen, stellt der Intelligenz dieser Süntler kein Reifezeugnis aus. Solche Schrüllen sind nicht ernst zu nehmen.

Früher, unter dem alten Regime, war die Berechtigung zum „Einjährig-Freiwilligen“ das heiß ersehnte Ziel der minderbegabten Sprößlinge derer von Bildung und Besitz. Diese Berechtigung wurde mit der Obersekundareife erlangt. Bis dahin mußten die höheren Schulen viel Ballast mit-schleppen. Das Ziel war auch der Mühe wert, denn man konnte es dem Sprößling aus reichem Hause nicht wohl zumuten, mit dem gewöhnlichen Volk zwei oder drei Jahre als Gemeiner zu dienen, während das Berechtigungszeugnis das Anrecht auf das verhältnismäßig angenehme Leben als Einjährig-Freiwilliger gab und dazu die Anwartschaft auf den Reserveleutnant. Diese Soldatenpielerei kommt heute nicht mehr in Betracht, aber die Obersekundareife ist immer noch die Voraussetzung für die Zulassung zu zahlreichen beruflichen Laufbahnen. Auch solchen, in denen die erworbene Schulweisheit völlig bedeutungslos ist. An anderen Stellen wird die Primareife oder auch das Abiturium, d. h. die Voraussetzung für die Zulassung zur Universität gefordert.

Geht man dem Berechtigungswesen auf den Grund, dann erkennt man, daß es sich in hohem Maße um ein soziales Problem handelt. Die Forderung nach dem Berechtigungszeugnis bedeutet nicht eine Auslese der Tüchtigen. Sie ist vielmehr ein Mittel, die Kinder der Armen von den höheren Sprossen der sozialen Stufenleiter fernzuhalten. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß es an den Gymnasien Freistellen für Kinder Minderbemittelter gibt, und daß es auch manchem Wissensdurstigen aus armer Familie gelingt, sich auf der Universität durchzuhungern.

Wer sich mit dem Problem des Berechtigungswesens näher vertraut machen will, der sei auf die Vierteljahrshefte der Berliner Gewerkschaftsschule hingewiesen. Das kürzlich erschienene Heft 1 des neuen Jahrganges ist fast ausschließlich diesem Problem gewidmet, das eine Reihe von Autoren unter verschiedenen Gesichtspunkten behandeln. Der verdienstvolle Leiter der Berliner Gewerkschaftsschule, Fritz Friede, der auch im Vordertreffen des Kampfes gegen den Berechtigungsunfug steht, gibt in seinem Aufsatz einige Anregungen für den Weg zu seiner Beseitigung. So deutet er an, daß auch für die behördlichen Berufe und Beamtenlaufbahnen statt des Nachweises einer ererbtenen Berechtigung, eine Beherzeit eingeführt werden könnte. Die Eignung für den Beruf wäre dabei von einer psychotechnischen Eignungsprüfung abhängig zu machen. Für die Zulassung zur Universität empfiehlt er eine Aufnahmeprüfung, bei welcher es gleichgültig sein muß, ob der Kandidat seine Ausbildung auf der Schule oder etwa durch Selbststudium erworben hat. Friede schließt seinen Aufsatz mit den Worten: „Die Inkompetenzen des Berechtigungswesens, die mit Standesdünkel einzelner Berufsgruppen zusammenhängen, würden sich sehr bald verflüchtigen, wenn die allgemeine Durchführung der Berufsberatung und psychotechnischen Auslese für alle Berufe dafür sorgen würde, daß den Besitzern irgendwelcher Berechtigungen und Reifer keine andere und leichtere Laufbahn einräumt wird, als denjenigen, die solche Zeugnisse nicht haben.“

Auf die anderen Aufsätze des Heftes kann hier nicht näher eingegangen werden. Sie bieten durchgängig wertvolles Material zur Bekämpfung des Berechtigungswesens. Es wäre zu wünschen, daß auch die Arbeiterchaft dieser Frage die notwendige Aufmerksamkeit zuwenden würde. Wenn sie auch die Interessen der Handarbeiter meist nicht unmittel-

bar berührt, so darf doch nicht verkannt werden, daß der Kampf gegen das Berechtigungswesen zugleich ein Kampf um die soziale Gleichberechtigung ist. Es handelt sich hier um ein Problem, dessen Bedeutung für den Aufstieg der Arbeiterklasse nicht unterschätzt werden darf.

### Die Finanzen der Arbeitslosenversicherung.

Der Streit um die Arbeitslosenversicherung wird immer lebhafter. Übereinstimmung besteht darin, daß die Reichsanstalt saniert werden muß. Während die Gewerkschaften sich bereit erklärt haben, einer Erhöhung der Beiträge bis zu 4 Prozent zuzustimmen, wird von den Unternehmern jeder Beitragserhöhung auf das schärfste widersprochen. Man will die Gesundung dort so herbeiführen, daß der Kreis der Unterstüßungsberechtigten eingeengt und die Unterstüßung herabgesetzt wird. Ein solches Verlangen wird von der Arbeiterchaft entschieden abgelehnt. Wirkliche Mißstände, deren Vorkommen nicht bestritten wird, können größtenteils durch Verwaltungsmaßnahmen beseitigt werden, am Wesen des Gesetzes aber soll nichts geändert werden. Die Entscheidung in dem Streit wird im Reichstag fallen, und gegenwärtig führt der Arbeitsminister Verhandlungen mit den Parteien, um die Sachlage zu klären.

Von erheblicher Bedeutung ist eine Stellungnahme des Verwaltungsrats der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. In dessen Sitzung am 11. Juni machte der Präsident Dr. Syrup Mitteilungen über die Finanzen der Reichsanstalt. Demnach verfügte diese in dem am 31. März dieses Jahres abgeschlossenen Haushaltsjahr an eigenen Mitteln über 868 Millionen Mark. Die Ausgaben betragen in der gleichen Zeit 1064 Millionen Mark; es ergab sich somit ein Fehlbetrag von 196 Millionen Mark, zu dessen Deckung Darlehen in entsprechender Höhe vom Reiche in Anspruch genommen wurden. Hierzu kamen im laufenden Haushaltsjahr weitere Darlehen in Höhe von 63 Millionen Mark im April, 16 Millionen Mark im Mai, so daß die Verschuldung der Reichsanstalt beim Reiche zurzeit 275 Millionen Mark beträgt. Anfang Juni ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger auf 767 000 zurückgegangen, so daß für Juni weitere Darlehen vom Reiche seitens der Reichsanstalt nicht benötigt werden.

Zur Sonderfürsorge für die berufsübliche Arbeitslosigkeit mußte das Reich im letzten Haushaltsjahr rund 94 Millionen Mark, für die Krisenunterstützung 99 Millionen Mark aufwenden. Die Gemeinden trugen zur Krisenfürsorge 25 Millionen Mark bei. Für Darlehen an Träger von Notstandsarbeiten und dergleichen wendeten das Reich und die Länder im letzten Haushaltsjahr je rund 125 Millionen Mark auf. Nach eingehender Aussprache nahm der Verwaltungsrat folgende Entschlußfassung an:

„Die finanzielle Lage der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zeigt, daß das Beitragsaufkommen und die Leistungen der Reichsanstalt jedenfalls zurzeit nicht miteinander in Einklang stehen. Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt fordert deshalb mit allem Nachdruck, daß Reichsregierung und Reichstag unverzüglich gesetzgeberische Maßnahmen treffen, die geeignet sind, das finanzielle Gleichgewicht der Reichsanstalt wiederherzustellen. Damit sich die zu treffenden Maßnahmen noch rechtzeitig auswirken können, hält es der Verwaltungsrat für unbedingt erforderlich, daß der Reichstag die notwendigen Sanierungsgeleße nach Anhörung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt noch in dieser Session, nicht etwa erst in einer Herbsttagung, beschließt.“

Das ist eine Stimme, die nicht überhört werden kann. Man darf erwarten, daß sie an maßgebender Stelle beachtet wird. Das Schicksal der Arbeitslosenversicherung dürfte sich also sehr bald entscheiden. Hoffentlich gelingt es, die Angriffe des Unternehmertums gebührend zurückzuweisen.



### Was bei der Kritik an der Arbeitslosenversicherung nicht beachtet wurde.

Seit einigen Wochen beschäftigen sich alle Kreise der Wirtschaft und der Politik mit dem Problem der Arbeitslosenversicherung und der Frage, wie man die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung befreien könnte. Dabei sieht man nur die Millionen, mit denen die Reichsanstalt beim Reiche in Schuld steht, aber nicht die Leistungen, die die Reichsanstalt vollbracht hat.

Es muß deshalb einmal darauf hingewiesen werden, daß im ganzen deutschen Reiche mit wesentlicher Hilfe der Reichsanstalt große Kulturwerte geschaffen worden sind. Eine Reihe durch Ostpreußen zeigt uns viele Kilometer neue Chaussees, die nur gebaut werden konnten durch die Leistungen der wertschaffenden Arbeitslosenversicherung mit den von Unternehmern und Arbeitern aufgebrachtten Beiträgen. Esperren finden wir in allen Gebieten entstehen, wo nur irgend die Wasserkraft zu rotierender Kraft umgewertet werden kann. Überall werden die Gelder der Arbeitslosenversicherung mit verwendet. Viele Siedlungen, auch die Landarbeiterfriedhöfe, würden in diesem Umfange nicht entstehen, wenn nicht die Zuschüsse der Reichsanstalt für den Bau oder die Erschließung des Geländes herangezogen werden könnten. Es entstehen da Werte, die für die kommenden Generationen von enormen wirtschaftlichem Vorteil sein werden.

Die Arbeitslosenversicherung wendet Millionen Mark auf, um die großen Schäden, die dem einzelnen Arbeiter durch die wirtschaftliche Umstellung zum technisch rationalisierten Betriebe entstehen, fernzuhalten. Durch Umschulung und Fortbildung stellt sie allen Zweigen der Wirtschaft leistungsfähige Arbeiter zur Verfügung. Durch die Berufsbereitung werden Industrie, Handwerk und Handel mit gutem vorgeprüfem Nachwuchs versehen, eine Tätigkeit, die auch in späteren Jahren noch nachwirken wird. Auf Kosten der Arbeitslosenversicherung wird auch die Verwaltung der Krisenfürsorge durchgeführt.

Auf die große Zahl der anderen Aufgaben, die ohne das Bestehen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung den Kommunal- oder Landesbehörden zufallen würden, braucht nicht weiter eingegangen zu werden. Die hier genannten Maßnahmen sind so wertvoll für das gesamte Volk, daß bei einem Notstand, wie er im verflochtenen Winter geherrscht hat, das Darlehen des Reiches an die Reichsanstalt außerordentlich gering ist. Jedenfalls würde das Reich wesentlich höher belastet sein, wenn die Arbeitslosenversicherung nicht in der bisherigen Form durchgeführt würde. Diese Momente müssen bei der kommenden Beratung über die Änderung der Arbeitslosenversicherung Berücksichtigung finden.

### Ausländische Arbeiter in Preußen.

Nach den Berichten der Deutschen Arbeiterzentrale waren 1928 in Preußen 201 500 ausländische Arbeiter beschäftigt. Davon waren 95 542 Inhaber eines Befreiungsscheines, 6124 hatten einen Grenzläuferschein und 99 834 die eigentliche Legitimationskarte. Von den Inhabern der Befreiungsscheine waren 80,5 Prozent in nichtlandwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt, davon 19 002 im Bergbau, 10 706 in der Metallindustrie, 8463 im Spinnstoffgewerbe, 6327 in der Industrie der Steine und Erden, 5720 im Baugewerbe. Die Grenzläufer waren hauptsächlich in der an der holländischen und tschechoslowakischen Grenze gelegenen Textilindustrie und auch in der westhannoverschen Textilindustrie tätig. 85 757 Legitimationskarteninhaber waren polnische Staatsangehörige, 5884 Tschechoslowaken und 2616 stammten aus den sonstigen Oststaaten. 89,8 Prozent aller Legitimationskarteninhaber waren in der Landwirtschaft tätig. Unter den Ausländern mit Legitimationskarten sind also in erster Linie die aus den Oststaaten stammenden Saisonarbeiter zu verstehen.

Von 1925 hält sich die Gesamtzahl der ausländischen Arbeiter auf etwa 200 000, nachdem sie 1924 unter dem Einfluß der vorhergehenden Inflation bis auf 140 000 gesunken war. Im Berichtsjahre ist sie um rund 4000 gestiegen, wovon rund 3000 auf die Landwirtschaft entfallen. Da nach der letzten Volkszählung in Preußen rund 9,7 Millionen Arbeiter vorhanden waren, machen die Ausländer 2,1 Prozent der gesamten Arbeiterschaft aus. In der Land- und Forstwirtschaft entfallen 6,2 Arbeiter auf je 100 Arbeiter, in den nichtlandwirtschaftlichen Betrieben dagegen nur 1,2.

### Kein Passivum für die Schweiz.

Schon seit längerer Zeit ist das Passivum für die Einreise in die Schweiz abgeschafft worden. Wer zu seinem Vergnügen oder zur Erledigung von Geschäften in die Schweiz reiste, brauchte kein Visum. Anders wer in die Schweiz wollte, um dort Arbeit zu suchen, für diesen Zweck war ein Visum erforderlich. Nunmehr ist das Passivum für die Angehörigen von Deutschland, Italien, Österreich, Danzig, Estland, Finnland und Litauen sowie für die Inhaber von Saarpässen gänzlich aufgehoben. Das heißt aber nicht, daß es Ausländern ohne weiteres gestattet wäre, in der Schweiz Arbeit zu nehmen. Dazu ist eine behördliche Arbeitsbewilligung erforderlich. Wer es verfaßt, sich eine solche zu beschaffen, macht sich strafbar und wird ausgewiesen. Es wird empfohlen, sich auch künftig vor Eintritt einer Stelle in der Schweiz und vor der Einreise durch ein schweizerisches Konsulat im feitherigen Aufenthaltsland ein Arbeitsvisum zu beschaffen.





# Aus dem Verbandsleben



## Verhmelzung von Verwaltungsstellen

Durch die Gewerkschaftsbewegung geht schon lange ein Zug zur Konzentration. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder ist im Laufe der Jahre riesig gewachsen, aber die Zahl der Verbände hat sich fortgesetzt vermindert. Es hat eine Zeit gegeben, wo in manchen Kreisen der Gedanke propagiert wurde, diesen Konzentrationsprozeß durch Nachhilfe von außen zu beschleunigen. Man hat sich aber schließlich auch dort der Erkenntnis nicht verschließen können, daß gerade auf diesem Gebiete jeder Zwang vom Ubel ist. Wenn die Rächstbeteiligten, also die Mitglieder selbst, in ihrer Mehrheit von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Organisationen überzeugt sind, dann vollzieht sich die Verhmelzung glatt und reibungslos. Solange aber diese Voraussetzung nicht gegeben ist, müssen auch Dränger ihre Ungebild zügeln, wenn sie nicht Schaden anrichten wollen.

Ähnlich wie mit den Zentralverbänden, ist es auch mit den Verwaltungsstellen in unserem Verband. Wenn auch durch die notwendige straffe Zentralisation im Verband die Selbständigkeit der einzelnen Verwaltungsstellen stark beschränkt ist, so haben die Ortsverwaltungen doch immerhin noch recht wichtige Befugnisse. Es sind aber nicht immer die Mitglieder der örtlichen Verwaltung allein, die sich der Verhmelzung widersetzen, die von allen Stellen im Verband, die der Frage objektiv gegenüberstehen, als notwendig empfunden wird. Wo sich die Ortsverwaltung gegen die Verhmelzung wehrt, tut sie das in der Regel in vollem Einvernehmen und auf das Verlangen der Mitglieder.

Bei den Verhmelzungen, von denen hier die Rede ist, handelt es sich um den Anschluß von Verwaltungsstellen in Vor- und Nachbarorten an die Verwaltung der Großstadt. Die kleine Verwaltungsstelle ist oft schon recht alt. Als sie gegründet war, war die Entfernung vom wirtschaftlichen Zentralpunkt des Gebietes noch weit, und die wirtschaftlichen Verhältnisse gestatteten ihr ein unabhängiges Eigenleben. Aber diese Verhältnisse änderten sich mit der Zeit. Die Großstadt wuchs, sie streckte ihre Füßler immer weiter aus. Und wo es nicht zur förmlichen Eingemeindung kam, ist die wirtschaftliche Verflechtung meist so eng, daß der fernstehende, der die Entwicklung nicht kennt, es nicht verstehen kann, daß in dem einheitlichen Wirtschaftsgebiet mehrere Verwaltungsstellen bestehen. Aber die Mitglieder in den Vor- und Nachbarorten halten oft zähe an ihrer Selbständigkeit. Dabei sind es nicht immer materielle Interessen, etwa ein geringerer Lokalzuschlag zum Verbandsbeitrag oder gewisse örtliche Einrichtungen, die beim Anschluß aufgegeben werden müssen, welche die Entscheidung beeinflussen. Oft sind es Gefühlsfragen, Imponderablen, von denen im gegebenen Fall das Ergebnis der Abstimmung abhängt.

Im Laufe der Zeit ist der Widerstand langsam überwunden worden. Der Kranz von eigenen Verwaltungsstellen, von dem früher Berlin umgeben war, ist längst so gut wie völlig verschwunden. Nur ein einziges Mal ist hier ein äußerer Zwang zur Anwendung gekommen, nämlich als der Verbandstag 1912 die Verhmelzung von Charlottenburg mit Berlin beschloß. Es hätte aber auch damals dieser „Reichsregelung“ kaum bedurft, denn im Prinzip waren damals auch die Charlottenburger mit dem Anschluß einverstanden. Für eine räumliche Erweiterung des Gebietes der Berliner Verwaltungsstelle scheint augenblicklich kein Bedürfnis vorzuliegen. Wenn dieses Bedürfnis infolge der wirtschaftlichen Entwicklung in vielleicht nicht gar zu ferner Zeit eintritt, dann wird seiner Befriedigung wohl kaum Widerstand entgegenzusetzen werden.

Große Genugtuung hat es bei den Beteiligten ausgelöst, als zum 1. Oktober vorigen Jahres das Gebiet der Verwaltungsstelle Hamburg eine Erweiterung erfuhr durch die Einverleibung der etwa 600 Mitglieder zählenden Verwaltungsstelle Harburg. Glatt und reibungslos hat sich hier der Zusammenschluß vollzogen. Die Verhältnisse waren reif, und so wurden die notwendigen Beschlüsse als selbstverständlich betrachtet.

Knewdings ist wieder ein solcher Zusammenschluß vollzogen worden. Mit dem 1. April dieses Jahres ist der Anschluß der Verwaltungsstelle Riederledig, die etwa 1000 Mitglieder zählte, an Dresden erfolgt. Zu Beginn des Jahres 1907 wurde in Riederledig die Verwaltungsstelle gegründet. Damals hat man es in Dresden als einen großen Erfolg begrüßt, daß es gelungen war, diese Verwaltungsstelle zu errichten. Aber mit der Zeit haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse gewaltig geändert. Beide Verwaltungsstellen hatten schließlich das gleiche Rekrutierungsgebiet. Kollegen, die in den gleichen Betrieben arbeiteten, gehörten zu einem Teil der Verwaltungsstelle Dresden an, zum anderen waren sie Mitglieder in Riederledig. Daraus und aus anderen Ursachen ergab sich mancher Streit und Verdrüss. In Bemühungen, Riederledig zur Verhmelzung seiner Selbständigkeit zu bewegen, hat es nicht gekehrt. Sie waren lange vergeblich. Schließlich wurden aber die Widerstände überwunden. Mit nahezu Zweidrittelmehrheit hat eine stark besetzte Versammlung den Anschluß der Verwaltungsstelle Riederledig an Dresden beschlossen, der dann auch sofort vollzogen wurde.

Wir begrüßen diesen Beschluß, der sicher den beteiligten Kollegen zum Vorteil gereichen wird. Es ist ein Schritt auf dem Wege zur Konzentration der Kräfte. Im Augenblick vermögen wir nicht zu übersehen, ob das Bedürfnis zur Verhmelzung von anderen Verwaltungsstellen ebenso akut ist. Aber die wirtschaftliche Entwicklung schreitet fort, und was heute auf dem Gebiet überflüssig ist, kann morgen unentbehrlich sein. Hoffen wir, daß überall der Forderung der Stunde jeweils gebührend Rechnung getragen wird.



Otto Schulz.  
Mitglied seit dem 15. März 1890.



Franz Verbe.  
Mitglied seit dem 9. Sept. 1882.



Hermann Polenz.  
Mitglied seit dem 17. Mai 1884.



Konrad Lejeberg.  
Mitglied seit dem 1. Juli 1882.

Kollegen der Verwaltungsstelle Hannover, die viele Jahre mit an vorderster Stelle der örtlichen Bewegung standen und heute noch auf dem Posten sind.

## Mannheim-Ludwigshafen.

Der neue Mantelvertrag für das deutsche Holzgewerbe erstreckt sich räumlich auf das gleiche Gebiet, wie der alte. Nur der Bezirk Mannheim-Ludwigshafen hatte der Verhandlungskommission des Arbeitgeberverbandes keine Vollmacht gegeben. Aus welchem Grunde das geschah, entzieht sich unserer Kenntnis. Unsere Kollegen in der Verhandlungskommission haben nicht danach geforscht und die Mitteilung des Arbeitgeberverbandes lediglich zur Kenntnis genommen. Man brauchte dieser Frage um so weniger Bedeutung beimessen, als ja ohnehin die Außenseiter gewohnheitsmäßig nach dem Abschluß eines solchen Vertragswertes dazu angehalten werden, den Inhalt auch für sich anzuerkennen.

Die Unternehmer in Mannheim-Ludwigshafen haben anscheinend schnell begriffen, daß es doch wohl nicht besonders klug war, für sich eine Extrawurst zu verlangen. Sie haben sich sofort nach dem endgültigen Abschluß an unsere Ortsverwaltung mit dem Anerbieten gewendet, das Verhandlungsergebnis vollinhaltlich auch für sich anzuerkennen. Diese schnelle Erkenntnis ist recht erfreulich, aber die Sache hat doch noch einige Schwierigkeiten. Zunächst in formaler Hinsicht. Der Wortlaut des Mantelvertrages paßt nicht recht für einen Bezirks- oder Ortsvertrag. Und wenn die Mannheim-Ludwigshafener Unternehmer, wie sie behaupten, noch dem Arbeitgeberverband angehören, dann müßte für ihren Anschluß an den Mantelvertrag ein anderer Weg gewählt werden. Auch sonst ist noch einiges zu regeln, so daß der Abschluß noch nicht vollzogen werden konnte.

Mit Liefzaiman dieses Nummern ist  
Am 25. Wofanbauwerk föllig

## Vertragsabschluss in Stolp.

Stolp in Pommern ist eine Stadt mit verhältnismäßig erheblicher Holzindustrie. In den dortigen Möbelfabriken dürften etwa 800 Arbeiter beschäftigt sein. Trotz verschiedener Anläufe war es unseren Kollegen bisher aber nicht gelungen, geregelte Arbeitsbedingungen zu schaffen. Wohl gab es bisher schon Abkommen über den Lohn und sonstige Einzelfragen, aber ihre Durchführung ließ viel zu wünschen übrig. Nun ist es endlich gelungen, einen richtiggehenden Tarifvertrag abzuschließen. Vertragspartner auf der Gegenseite ist der „Ostpreussische Arbeitgeberverband für den Regierungsbezirk Köslin und angrenzende Gebiete zu Stolp in Pommern, Gruppe Holzgewerbe in Stolp in Pommern“. Dem Abschluß, der am 29. Mai vor dem Schlichter in Stettin getroffen wurde, gingen lange und schwierige Verhandlungen voraus. Besonders die Lohnfrage hat Schwierigkeiten gemacht. Zahlten doch die Unternehmer bisher Löhne bis herunter zu 56 Pf. Da erschien ihnen der bereits in einem früheren Stadium vom Schlichtungsausschuß in Stolp festgesetzte Lohn von 90 Pf. ganz unerträglich. Man hat sich schließlich dahin verständigt, diesen Lohnsatz etappenweise zu erreichen. Der Facharbeiterlohn ist in dem getroffenen Lohnabkommen auf 82 Pf. festgesetzt, der am 1. August erreicht sein muß. Er steigt am 1. Oktober auf 84 Pf., am 1. Dezember auf 86 Pf., am 1. April 1930 auf 88 Pf. und am 1. September 1930 auf 90 Pf. — Der Hauptwert der getroffenen Vereinbarung liegt darin, daß nun überhaupt ein richtiges Vertragsverhältnis geschaffen ist.

## Aorbmacherstreit in Greiffenhagen.

Seit dem 3. Juni befinden sich unsere Kollegen bei der Firma Duffner in Streit. Sie verlangen eine Erhöhung der sehr niedrigen Löhne.

## Wer Geld mitbringt, kann Arbeit bekommen.

Es kommt mitunter vor, daß Arbeitslose in der Unterhaltung über die Aussicht auf Beschäftigung von einem Unternehmer scherzhaft sagen, daß man bei ihm Arbeit haben könne, wenn man Geld mitbringt. Auch mancher Kleinmeister hat schon in grimmem Humor nachfragenden Gesellen mit dieser Antwort gedient. Daß aber ein Unternehmer allen Ernstes beschäftigungssuchenden Arbeitern mitteilt, daß sie bei Einzahlung einer größeren Summe Arbeit haben können, haben wir doch nicht für möglich gehalten. Es ist aber Tatsache. Die Firma, die so soliden Grundrissen huldigt, ist die Fabrik kunstgewerblicher Erzeugnisse Josef Weckmann in Saulgau in Württemberg, und sie hat es auf Bildhauer abgesehen, die sie beglücken möchte. Aus verschiedenen Städten sind uns gleichlautende Briefe, welche die Empfänger von der Firma erhalten haben, mit der Bitte um Auskunft zugegangen. Diese Briefe haben folgenden Wortlaut:

Ich besthe Ihre Bewerbung vom . . . . . und bitte höfl. um nähere Angaben, welche Arbeiten Sie vornehmlich bisher ausgeführt haben.

In meinem Betrieb werden alle Genres von der einfachsten bis zur reichsten Arbeit ausgeführt, und es dürfte sich daher für Sie ein gutes Arbeitsfeld bieten. Ich beschäfigte momentan innerhalb des Betriebes 11 Bildhauer.

Da ich die Dauerstellung von der Hinterlegung einer Interesseneinlage abhängig mache, bitte ich höfl. um nähere Angabe, welche Summe Sie zur Verfügung haben; evtl. genügen schon einige Hundert Mark. Sicherstellung kann auf verschiedene Weise erfolgen, so daß Sie gar kein Risiko eingehen. Verzinsung nach Vereinbarung. Das Geld verwende ich vor allem auch dazu, um Sie beschäftigen und entlohnen zu können, wenn mal keine Arbeit da ist, und ich Lagerfachen arbeiten lassen muß, die ich erst später wieder absehe.

Schließlich bitte ich um Angabe, wann Sie hier freihelstens eintreten können.

Inzwischen empfehle ich mich und zeichne hochachtungsvoll  
Josef Weckmann.

Wir haben Erkundigungen über die interessante Firma eingezogen und erfahren, daß sie tatsächlich Bildhauer beschäftigt. Die übliche Arbeitszeit währt bis 10 Uhr abends. Saulgau gehört im Bezirk Württemberg zur IV. Ortsklasse, die Firma zahlt aber noch durchschnittlich 20 Pf. unter dem Tariflohn. Im Herbst vorigen Jahres hat unser Gauvorsteher, als er von den Zuständen Kenntnis erhielt, den Firmeninhaber ersucht, tarifvertragliche Verhältnisse einzuführen. Die Firma hat es auch versprochen. Aus dem Umstand, daß seither keine Klagen mehr an den Gauvorsteher gekommen sind (im Saulgau haben wir keine Verwaltungsstelle), ist nicht ohne weiteres zu schließen, daß dies tatsächlich auch geschehen ist. In dem Betrieb war es nämlich schon früher üblich, daß unzufriedene Arbeiter einfach entlassen wurden. Immerhin dürfte die Firma Weckmann allen solchen arbeitslosen Bildhauern zu empfehlen sein, die viel überflüssiges Geld haben und gern bereit sind, es zu opfern für die Aussicht, bei langer Arbeitszeit für geringen Lohn zu arbeiten.





# Holzindustrie



## Umfang des internationalen Schnittholzhandels.

Alljährlich macht eine der führenden englischen Holzhandelsfirmen Feststellungen über die Mengenerzeugung am internationalen Schnittholzmarkt. Die Statistik, die so gewonnen wird, ist die einzige ihrer Art und deshalb doppelt wertvoll. An dem Verdienst, das in ihrer Aufstellung steckt, kann auch die Tatsache nichts ändern, daß manche Zahlen offensichtlich falsch sind, die Herausgeber bezeichnen diese denn auch selbst als Schätzungszahlen. Im übrigen können einzelne Ungenauigkeiten an den sehr summarischen Erkenntnissen, die aus einer solchen Statistik zu gewinnen sind, nicht viel ändern; will man also auf Details von vornherein verzichten, so darf man die Zahlen beruhigt verwenden.

Die Statistik, die vor kurzem veröffentlicht worden ist, umfaßt die Jahre 1912 und 1924 bis 1928. Im Vergleich zu dem genannten Vorkriegsjahr hat sich das gesamte internationale Schnittholzhandelsvolumen beträchtlich ausgeweitet; es betrug 1912 18,540 Millionen Kubikmeter, im vergangenen Jahr 20 576. Mit dieser Zahl bleibt 1928 gegen sein Vorjahr, in dem ein Rekordstand erreicht wurde, um nicht weniger als 1326 Millionen Kubikmeter zurück. Der Wert der Mengen wird nicht angegeben; er kann auf Frachtbasis, Verschiffungsbasis bzw. Grenzübergangsstation mit mindestens 1300 Millionen Mark beziffert werden. Das ist ein Betrag, der sich auch im Rahmen der großen Summen der Welthandelsstatistik sehen lassen kann.

Der größte Teil des am Weltmarkt gehandelten Holzes wird nach wie vor von England aufgenommen. Gewiß unterliegt die absolute Höhe der englischen Importe konjunkturellen Einflüssen, aber diese sind niemals stark genug, um Englands überragende Stellung als weitaus größter Holzimporteur erschüttern zu können. Dies erklärt sich, wenn man die Einfuhrzahlen der nach England rangierenden Länder betrachtet. Es sind dies in jährlich wechselnder Reihenfolge Holland, Deutschland, Frankreich, Belgien und Dänemark. In allen zum Vergleich herangezogenen Jahren erreicht die Einfuhr nach diesen fünf Ländern gerade diejenige des einen Staates England, ausgenommen das vergangene Jahr, in dem bereits die drei nächstgrößten Einfuhrländer Deutschland, Frankreich und Holland mehr Holz aufnahmen als England.

Vor dem Kriege stand Deutschland als Importeur an zweiter Stelle. Diesen Platz hat es in der Nachkriegszeit erstmalig wieder 1925, dann 1927 und 1928 erreicht, dabei gehen die Importe der letzten beiden Jahre nicht unbeträchtlich über die des Jahres 1912 hinaus — eine Entwicklung, die in Anbetracht unserer großen Waldverluste durchaus verständlich ist. Im Vergleich zu den uns nachgeordneten Staaten hat sich unsere Bedeutung als Käufer wesentlich gehoben, während wir 1912 noch nicht einmal 50 Prozent mehr als Frankreich importierten, das damals nach uns an dritter Stelle stand, übertrafen wir im vergangenen Jahr die Einfuhr dieses Landes und Hollands, die gleich groß waren, um je knapp 120 Prozent, importierten also erheblich mehr als diese beiden Länder zusammen. Zum besseren Verständnis der Verschiebungen, die in der Rangfolge der Empfangsländer vor sich gegangen sind, dient nachstehende Tabelle; in ihr sind die Anteilzahlen eingetragen, mit denen die angeführten Länder in den einzelnen Jahren am gesamten Handel als Importeure beteiligt waren.

	England	Deutschland	Frankreich	Holland	Belgien	Dänemark
1912...	44,7	16,8	11,8	9,2	5,4	8,8
1924...	44,3	8,0	14,0	11,4	7,0	4,4
1925...	44,1	13,6	9,2	10,0	6,4	3,8
1926...	43,6	9,5	12,4	10,4	6,8	4,0
1927...	45,0	17,3	7,2	10,0	6,5	2,5
1928...	30,8	21,4	9,8	9,8	6,1	3,5

Diese Tabelle ist noch in anderer Beziehung interessant. Sie zeigt, daß zwei Staaten, England und Holland, mit geradezu erstaunlicher Feinsichtigkeit auf den so unorganischen internationalen Schnittholzmarkt eingearbeitet sind. Für England trifft dies in noch höherem Maße als für Holland zu, denn während die Bewegung der absoluten Jahresimporte Hollands mit derjenigen des Gesamtvolumens nicht immer übereinstimmt, kommt bei England nie eine Abweichung vor. Anders bei Deutschland und Frankreich. Hieraus darf aber nicht auf mangelnde Fähigkeit der nationalen Märkte dieser Länder mit dem Weltmarkt geschlossen werden. Die Abweichungen erklären sich vielmehr einmal daraus, daß beide Länder in weit stärkerem Grade Währungschwierigkeiten ausgesetzt waren als die beiden erstgenannten oder etwa Belgien und Dänemark, die auch auf die Holzeinfuhr nicht ohne Einfluß bleiben konnten. Beide besitzen außerdem — im Gegensatz zu den anderen Großimportländern — eine hoch entwickelte Waldwirtschaft, deren Erträge natürlich bedingten Schwankungen unterliegen, diese müssen ihrerseits wieder die Einfuhr beeinflussen. Schließlich ist die Schnittholzeinfuhr Deutschlands entscheidend von seiner Rundholzeinfuhr abhängig, in dieser Beziehung

nimmt Deutschland dank seiner günstigen Verkehrslage zu den wichtigsten mitteleuropäischen Exportländern eine konkurrenzlose Sonderstellung ein.

Nicht minder interessant als das Ziel ist die Herkunft des Holzes. Über sie unterrichtet nachstehende Tabelle:

	1912	1924	1925	1926	1927	1928
Estland .....	1,2	1,5	1,7	1,3	1,8	1,8
Lettland .....	3,4	2,5	2,2	3,3	3,8	3,8
Litauen .....	1,2	0,8	0,3	0,4	0,5	0,5
Polen .....	4,9	7,4	13,8	15,0	11,2	11,2
Rußland .....	29,7	8,4	10,3	8,4	9,5	12,8
Rußland einschl. Nachfolgerstaaten .....	29,7	19,6	22,4	26,5	29,5	29,9
Finnland .....	17,2	25,4	26,1	29,0	27,2	25,8
Schweden .....	27,7	23,4	26,1	23,8	22,5	24,3
Norwegen .....	4,3	2,9	3,3	3,4	2,1	2,5
Tschechoslowakei .....	4,7	5,0	8,5	6,7	3,5	3,5

Die heutigen Holzexportländer des früheren Rußland sind an der Belieferung des Weltmarktes wieder in demselben Maße beteiligt wie früher. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß ein Teil der jetzigen Exporte Polens vor dem Kriege Inlandsverkehr innerhalb der Grenzen des damaligen Deutschland und Österreich war, bei einem Vergleich zwischen Vor- und Nachkriegszeit eigentlich also in Abzug gebracht werden müßte; rechnerisch ist das mangels ausreichender Unterlagen aber nicht möglich. Immerhin sollte man annehmen dürfen, daß die absolute Höhe der heutigen Exporte aus dem ehemaligen russischen Ausfuhrgebiet hinter derjenigen der Vorkriegszeit nicht mehr zurücksteht. Allein die Ausfuhr aus dem jetzigen Rußland hat im vergangenen Jahr mit mehr als 12,8 Millionen Kubikmeter bereits die Hälfte der Vorkriegsausfuhr erreicht. Der unaufhaltsame Anstieg, den die russische Ausfuhr seit 1926 nimmt, wird vorerst wohl weiter fortschreiten, die Bildung eines Import-syndikats speziell für russisches Holz in dem weitaus wichtigsten Bezugsland England spricht jedenfalls für diese Vermutung. Auch in Deutschland wird russisches Holz in steigendem Maße aufgenommen, ebenso in Holland. Die schwedischen Exporte haben, wenn auch unter Schwankungen, das Niveau der Vorkriegszeit gehalten, die norwegischen hingegen haben an Umfang verloren. Als Gewinner erscheint Finnland, es hat seine Ausfuhr gewaltig steigern können, im Jahre 1927 auf fast das Doppelte des Vorkriegsstandes. Der Siegeszug des finnischen Holzes hat lediglich dem Export aus Norwegen und weniger bedeutender Exportländer Abbruch getan, nicht aber dem seines größten Konkurrenten, Schweden. Dieses Land ist nur insofern benachteiligt worden, als es an der Expansion des Gesamthandelsvolumens keinen Anteil gewinnen konnte, sie vielmehr restlos Finnland überlassen mußte. Man weiß, daß es dabei heftige Kämpfe gegeben hat, und des öfteren Veruche mit dem Ziel unternommen worden sind, zwischen den finnischen und schwedischen Werken Abreden über ein gemeinsames Vorgehen auf dem Weltmarkt zu treffen. Die Stärke Finnlands scheint, nach einer eigenen Exportstatistik zu schließen, in der großen Anpassungsfähigkeit seiner Werke an die Bedürfnisse des Weltmarktes zu liegen; die finnischen Abfahrer haben es verstanden, sich rechtzeitig auf den zunehmenden Bedarf an schwächerer Ware einzustellen.

## Stimmungsmache der Bürstenfabrikanten.

Der Reichsverband der deutschen Bürstenindustrie veröffentlicht in den Tageszeitungen folgende Notiz: „Die in der Presse bekanntgegebene Mitteilung, daß die Bürstenindustrie einen 20prozentigen Preisaufschlag durchgeführt habe, trifft nicht zu. Ein Preisaufschlag von 20 Prozent wurde im April dieses Jahres lediglich von der Pinselindustrie beschlossen. Die Bürstenindustrie kann trotz der enorm gestiegenen Vorstempelpreise die Preise ihrer Erzeugnisse im Hinblick auf die Konkurrenz der Tschechoslowakei, von Ungarn und Belgien nicht oder nur geringfügig erhöhen. Die führenden Bürstenfabriken Deutschlands, wie die A.-G. für Bürstenindustrie Striegau, Poegge u. Co. in Halle, Bürstenfabrik Wattencheid und andere, liegen still. Die Beschäftigung der übrigen deutschen Firmen der Bürstenindustrie ist so gedrückt, daß mit weiteren Verlusten gerechnet werden muß. Dabei sind in allen deutschen Bürstencentren jetzt Lohnforderungen gestellt worden.“

Die Geschäftslage der Bürstenindustrie ist gewiß nicht gut, aber doch bei weitem nicht so ungünstig, wie es nach dieser Notiz den Anschein haben könnte. Daß der Zusammenbruch einiger Bürstenfabriken weniger auf die allgemeine Konjunktur zurückzuführen ist als auf die Untüchtigkeit ihrer Betriebsleitungen, wußt der Schreiber der vorstehenden Notiz doch ebersogut wie wir. Wenn die Firma Poegge u. Co. in Halle ganz von der Bildfläche verschwindet, dann ist eher etwas gewonnen als verloren. Von der allgemeinen Besserung der Wirtschaftslage hat auch die Bürstenindustrie profitiert. Augenblicklich sind einige Betriebe ziemlich flott beschäftigt, in anderen ist mit einer baldigen Besserung der Geschäftslage zu rechnen.

## Verständigung zwischen Schönorff und seinem schärfsten Widersacher?

Die Vereinigten Westdeutschen Waggonfabriken A.-G. suchen seit dem Tage ihrer Gründung einen scharfen Kampf gegen die Gebr. Schönorff A.-G. Ihr letzter Streich war die Verhinderung der Kapitalerhöhung der Schönorff A.-G. Zweck und Ziel dieses Kampfes ist, die Gebr. Schönorff A.-G. zum Anschluß an ihren Trust zu zwingen. Die Leitung des Schönorffschen Unternehmens denkt aber nicht daran, sich zwingen zu lassen, sie geht ihre eigenen Wege. Allgemeinere Aufsehen erregte die Durchführung ihrer letzten Expansionspläne mit der Fuchs-Waggonfabrik A.-G. in Heidelberg und der Nordwestdeutschen Waggonfabrik A.-G. in Bremen; die Angliederung des letzteren Unternehmens ist zwar noch nicht perfekt, aber doch ziemlich sicher. Aber trotz dieses Erfolges scheint die Schönorff A.-G. jetzt zu einem Zusammenarbeiten mit den Vereinigten Westdeutschen Waggonfabriken A.-G. geneigter zu sein als bisher. Wenigstens melden dies einige Tageszeitungen. Falls diese Meldung sich bestätigen sollte, entstände ein Waggontrust von ausschlaggebender Bedeutung.

## Holzereide.

Der Berliner „Holzmarkt“ schreibt über das Wirtschaftsleben allerhand krauses Zeug zusammen. Viel Unheil kann er damit ja nicht anrichten, denn erstens ist seine Leserschaft nicht groß, und zweitens wird sie ständig kleiner. Aber wer seine Ergüsse ernsthaft liest, wird ein richtiger Konfusionsrat. Zum Beispiel der „Samburger Wirtschaftler“, der in Nr. 120/121 des „Holzmarkt“ seinen kleinen Verdienst mit dem Problem der Wohnungsfrage quält. Die Wohnungszwangswirtschaft ist schuld, daß die Wohnungsnot nicht schon längst überwunden ist und die Wirtschaft nicht ständig blühe und gedeihe. Fort mit der Wohnungszwangswirtschaft! ruft er, dafür her mit der Subventionierung der Neubautätigkeit. Mit anderen Worten: Die Erträge der Hauszinssteuer und sonstiger öffentlicher Mittel müssen restlos in die Taschen der freien Bauunternehmer fließen. Eine solche Politik lassen die Unternehmer sich gern gefallen. Der „Holzmarkt“ schreibt, der „Samburger Wirtschaftler“ sei durch seine Ausführungen über die Wohnungswirtschaft zu seiner Zuschrift angeregt worden. Das glauben wir gern, denn von Natur aus schwächt niemand so dumm wie dieser gelehrige Schüler Fernbachs.

Fünfundsechzig „gute“ Firmen der Berliner Holzindustrie erlassen einen „Ausruf zur Besserung der verfahrenen Zustände in der Holzverarbeitenden Industrie“. Die Tatsache, wird darin ausgeführt, daß viele Firmen zu Schleuderpreisen verkaufen, rühre daher, daß diese mit auf Kredit gekauften Rohstoffen arbeiten könnten. Wenn die Rohstofflieferanten ihr „leichtfertiges Kreditgeben an fragwürdige Existenzen“ einstellen würden, müßten viele faule Unternehmungen zugrunde gehen. Damit würde auch die Schmutzkonkurrenz aufhören. Um dieses Ziel zu erreichen, haben sich die 76 Firmen gegenseitig auf folgendes verpflichtet:

„Nur durch ein entschlossenes Zusammenstehen der soliden Firmen ist es möglich, diesem Treiben ein Ende zu bereiten. Die unterzeichneten Firmen der Möbel-, Piano-, Bau- und Innenausbauindustrie werden daher ohne Rücksicht jeden Lieferanten als solchen ausschließen, von dem bekannt wird, daß er sich durch leichtfertige Kredite an eine faule Schmutzkonkurrenz und unberechtigte oder gar gewohnheitsmäßige Sanierungszustimmungen indirekt mit als Branchenschädling erweist.“

Daß im Unternehmerlager der Holzindustrie vieles faul ist, ist allgemein bekannt. Auf dem hier vorgeschlagenen Wege ist eine Gesundung der Verhältnisse aber bestimmt nicht zu erreichen. Das wissen auch die Väter des Ausrufs. Offenbar verfolgen diese auch ganz andere Ziele. In dem Ausruf heißt es nämlich weiter: „Die Unterzeichner bedauern außerordentlich, daß sich auf die vielen seit Monaten dauernden Notrufe im „Holzmarkt“ noch keine Verbände gemeldet haben, die neben ihren inneren Angelegenheiten noch keine Zeit für produktive Taten zur Gesundung der kranken Gesamtanlage der Holzverarbeitenden Industrie aufzubringen imstande waren.“ Der Ausruf ist eine Kampfansage an die Unternehmerverbände, und insfolgedessen ist der „Holzmarkt“ auch die richtige Stelle für seine Veröffentlichung. Aber der „Holzmarkt“ ist nicht schlechthin gegen Verbände, sondern nur gegen solche, die mit ihm nichts zu tun haben wollen. Und die Zahl dieser Organisationen ist, vom Standpunkt des „Holzmarkt“ aus gesehen, leider nicht klein. Was läßt sich dagegen tun? Nun, man macht sich eigene Läden auf. Und so schließt der Ausruf mit folgendem Satz: „Alle Holzverarbeitenden Betriebe Deutschlands, die erst durch diese Veröffentlichung von der Abwehrbewegung Kenntnis erhalten und sich dieser Selbsthilfe anschließen können und wollen, werden gebeten, ihre Bereitschaft auf einer Postkarte unter dem Kennwort „Anschluß dem „Holzmarkt“ mitzuteilen.“ — Warum nennen die Väter dieser „Bewegung“ ihr Geschrei nicht einfach und treffend: „Ausruf für Misvergnügte und Querköpfe in der Holzindustrie?“





# Internationale Union der Holzarbeiter



## Der Kongreß der Holzarbeiter-Internationale.

Der Sekretär der Internationalen Union hat nunmehr den VII. Internationalen Holzarbeiter-Kongreß auf die Tage vom 25. bis 28. Juli nach Heidelberg berufen. Der Kongreß wird in der „Stadthalle“ am Neudorfplatz tagen. Die vorgesehene Tagesordnung umfaßt die folgenden Punkte:

1. Eröffnung des Kongresses.
2. Wahl des Kongreßbüros.
3. Mandatsprüfung.
4. Festsetzung der Geschäftsordnung.
5. Beratung des Tätigkeitsberichts des Sekretärs und des Kassensberichts über die Jahre 1925 bis 1928.
6. Beratung der Anträge.
7. Statutenänderung.
8. Die Unfallversicherung in der Holzindustrie. Referent: W. Kaiser (Berlin).
9. Wahl des Sekretärs; Bestimmung des Sitzes der I.U.H.
10. Wahl des Exekutivkomitees.
11. Bestimmung des nächsten Kongreßortes.
12. Sonstige Angelegenheiten.

An dem Kongreß wird, wie der Sekretär mitteilt, auch Kollege Theodor Leipart als Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes teilnehmen. Der Sekretär begrüßt diese Delegation und bemerkt dazu: „Kollege Leipart wird demnach in zweifacher Eigenschaft Gast unserer Internationalen Union sein, denn als ehemaliger und langjähriger Sekretär und einer der Bahnbrecher der internationalen Organisation der Holzarbeiter war an ihn selbstverständlich auch eine persönliche Einladung ergangen.“

## Anträge für den Internationalen Kongreß.

Zugleich mit der Mitteilung der für den Internationalen Holzarbeiterkongreß vorgesehene Tagesordnung gibt der Sekretär auch Kenntnis von den eingegangenen Anträgen. Dem Kongreß liegen vier Anträge vor.

Der Verband der Holzarbeiter Österreichs schlägt vor: „Die Organisierung der Jugend in der Holzindustrie“ als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Anträge des Exekutivkomitees auf Änderung des Statuts haben nur formale Bedeutung. Zu den in den Satzungen genannten Berufsorganisationen, die zum Beitritt berechtigt sind, sollen auch die Sägewerksarbeiter und verwandten Berufsgenossen hinzugefügt werden. Der andere Antrag bezweckt die Erhöhung der Zahl der Mitglieder des Exekutivkomitees von fünf auf sechs. Vom Exekutivkomitee wird weiter die folgende Entschließung vorgelegt:

„Der vom 25. bis 28. Juli 1929 in Heidelberg tagende VII. Kongreß der Internationalen Union der Holzarbeiter stellt fest, daß auf Grund des 1922 vom Wiener Kongreß der I.U.H. gefaßten und 1925 vom Brüsseler Kongreß bestätigten Beschlusses, betreffend das Verhältnis zu den kommunistischen Organisationen, der Abschluß eines Freundschafts- oder Gegenseitigkeitsvertrags mit russischen Verbänden unvereinbar ist mit der Mitgliedschaft bei der Internationalen Union der Holzarbeiter.“

Die Annahme dieser Entschließung würde den britischen Möbelarbeiter-Verband vor die Wahl stellen, entweder aus der Internationalen Union der Holzarbeiter auszuscheiden oder seine Beziehungen zu dem russischen Holzarbeiter-Verband zu lösen (zu beachten ist, daß es sich hier um den Gossipschen Verband mit etwa 20000 Mitgliedern handelt, während der Holzarbeiter-Verband mit 120000 Mitgliedern treu zur Amsterdamer Richtung steht). Auf diese Beziehungen dürfte es zurückzuführen sein, daß der britische Möbelarbeiter-Verband im Gegensatz zu dem Vorschlag des Exekutivkomitees den folgenden Antrag eingebracht hat:

„Der Kongreß der Internationalen Union der Holzarbeiter beschließt, die Reihen der Internationale allen Holzarbeiterorganisationen zu öffnen, die bereit sind, ihre Statuten anzuerkennen, ob Mitglied irgendwelcher anderen Föderation oder nicht.“

In einem weiteren Antrag der gleichen Organisation erkennt man leicht einen Protest gegen die Arbeitgemeinschaftspolitik, die vor einigen Jahren auch in der deutschen Gewerkschaftsbewegung eine große Rolle gespielt hat. Die viel berufene Arbeitgemeinschaft ist längst verfallen, und der Streik ist für Deutschland gegenstandslos. Eine ähnliche Einrichtung, wie die abgetane Arbeitgemeinschaft in Deutschland ist aber gegenwärtig in Großbritannien Gegenstand der Erörterung. Dagegen richtet sich die folgende Entschließung des britischen Möbelarbeiter-Verbandes:

„Der Kongreß der Internationalen Union der Holzarbeiter erklärt sich gegen den Schrei nach „industriellem Frieden“, den die kapitalistische Klasse verschiedener Länder zur allgemeinen Erläuterung finden zu lassen bestrebt ist, da die Interessen der Arbeiterklasse im vollkommenen Gegensatz stehen zu denen der Kapitalisten, zu deren Bekämpfung sowohl unsere eigenen Gewerkschaftsverbände als auch unsere Internationale geschaffen worden sind. Wir erheben scharfen Protest gegen die Versuche, die von einigen Landeszentralen zu dem Zwecke unternommen

werden, zur Stabilisierung des Kapitalismus eine Zusammenarbeit mit den Feinden der Arbeiterklasse einzugehen.“

Größere Bedeutung ist der vom Kongreß vorzunehmenden Wahl des Sekretärs beizumessen. Dieses Amt wird zurzeit vom Kollegen E. Woudenberg bekleidet. Infolge seiner Wahl zum Sekretär der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands ist Kollege Woudenberg von der Leitung des niederländischen Möbelarbeiter-Verbandes zurückgetreten. Auf dem Kongreß in Heidelberg wird auch für ihn ein Nachfolger im Amte als Sekretär der Internationalen Union gewählt werden müssen. Im Zusammenhang damit steht auch die Wahl des Sitzes der Internationalen Union. Das Exekutivkomitee wird dem Kongreß noch Vorschläge unterbreiten.

## Aus Amerika.

Für das Baugewerbe in Newyork ist nunmehr die fünfjährige Arbeitswoche errungen. Vom 24. August dieses Jahres an beträgt die wöchentliche Arbeitszeit fünf Tage zu je acht Stunden. Dazu wird zum Ausgleich der Stundenlohn um 10 Prozent erhöht. Für Tischler und Zimmerer beträgt dann der Lohn in den Unionbetrieben 1,65 Dollar pro Stunde oder 66 Dollar pro Woche. Leider kommt dieser Lohn, wie uns unser Kollege Fritz Horn schreibt, nur einer kleinen Zahl von Berufsgenossen zugute, denn die größere Zahl der Kollegen arbeitet in Nichtunionbetrieben (open shops), in denen Stundenlöhne bis herunter zu 50 Cents gezahlt werden.

Die wirtschaftlichen Umwälzungen machen sich auch für die amerikanischen Holzarbeiter unangenehm bemerkbar, so beeinflussen die Errichtung von Spezialfabriken für Säuren und Fenster und insbesondere das Vordringen des eisernen Fensters recht ungünstig die Arbeitsgelegenheit unserer Kollegen. In den Unionbetrieben darf nicht unter dem Vertragslohn gearbeitet werden. Die Bruderschaft der Zimmerer und Tischler belegt ihre Mitglieder, die für niedrigeren Lohn arbeiten im Einzelfall mit Geldstrafen von 50 bis 200 Dollar. Trotzdem sind Untertariflöhne auch in Unionbetrieben nicht sehr selten. Unternehmer und Arbeiter verständigen sich, und sie finden Mittel, den kontrollierenden Gewerkschaftsangehörigen, den Geschäftsagenten, zu täuschen.

Aus eigenem Erleben berichtet Kollege Horn, wie er bei einem Unternehmer, dem Inhaber eines Unionbetriebes, um Arbeit vorsprach. Auf dessen Frage antwortete er, daß er bisher 12 Dollar pro Tag verdient habe. Jetzt bot ihm der Unternehmer 10 Dollar. Das lehnte der Kollege ab und wandte sich an den Geschäftsagenten des Verbandes. Er machte ihm den Vorschlag, scheinbar auf das Angebot einzugehen und bei der Lohnzahlung auf den Vertragslohn zu bestehen. Davon wollte der Geschäftsagent nichts wissen, er erklärte nur, den Fall im Auge behalten zu wollen. In Berlin, meint Kollege Horn, wäre ein solcher Fall in einer halben Stunde zur Zufriedenheit der Kollegen erledigt worden.

Von den Zuständen und Einrichtungen der Organisation ist Kollege Horn wenig befriedigt. Er führt das zum Teil auf die geistige Einstellung der Arbeiter zurück. Geld verdienen, möglichst viel Geld, das ist der Wahlspruch der Amerikaner, und er hat im allgemeinen auch für die Arbeiterschaft Geltung. Die Aufnahmegebühr von 75 Dollar für die Organisation wird vielfach nur zu dem Zweck gezahlt, damit die Aussicht auf Beschäftigung in gut zahlenden Betrieben zu erlangen. Ideales Streben der Kollegen vermißt Kollege Horn; er sagt, daß er in den 5 1/2 Jahren seines Aufenthalts in Amerika noch keine aufklärende Versammlung der Mitglieder erlebt habe. Als einen Lichtblick bezeichnet er eine noch kleine Gruppe von Gewerkschaftern, die sich recht aktiv betätigt und von deren Wirken er sich mit der Zeit Erfolg verspricht.

Die Darstellung des Kollegen Horn über seine Erlebnisse und Beobachtungen scheint reichlich subjektiv gefärbt zu sein. Immerhin kann man aber aus ihnen entnehmen, daß trotz schöner Erfolge, welche die Arbeiter erzielen, auch die Zustände in Amerika keineswegs ideal sind.

## Anschlüsse an die Internationale Union.

In seiner Ende November 1928 in Perth (Westaustralien) abgehaltenen Sitzung hat der Hauptvorstand der Föderation der Möbelarbeiterverbände im australischen Staatenbund (Federated Furnishing Trades' Society of Australasia) den Anschluß an die Internationale Union der Holzarbeiter beschlossen. Mit dem zum 1. Januar 1929 erfolgten Beitritt dieser rund 9000 Mitglieder zählenden internationalen Föderation ist die Einzelmitgliedschaft des westaustralischen Möbelarbeiter-Verbandes erloschen. Die Adresse der Organisation lautet: Mr. E. Stewart, General Secretary, Federated Furnishing Trades' Society of Australasia, Trades Hall, Melbourne (Vict.), Australien.

Gleichfalls ist der Internationalen Union mit Wirkung vom 1. Januar 1929 beigetreten die Sägewerksarbeitersektion des Allgemeinen Arbeiter-Verbandes Jugoslawiens (Opći Radnički Savez Jugoslavije), mit einer Mitgliederzahl von ungefähr 1500. Die Adresse der Organisation lautet: Opći Radnički Savez Jugoslavije, Jlica 55, Agram (Zagreb), Jugoslawien.

## Internationale Einheitsfront.

Auf dem Internationalen Holzarbeiter-Kongreß in Wien im Jahre 1922 spielte die Frage der Herstellung einer „Einheitsfront“ mit den unter kommunistischem Einfluß stehenden Holzarbeiterverbänden eine große Rolle. Von solchen Organisationen waren Vertreter der kommunistischen Holzarbeiterverbände in Rußland, Bulgarien und der Tschechoslowakei als Gäste anwesend, und die Vertreter der angeschlossenen Verbände in der Schweiz, in Italien und der des britischen Möbelarbeiter-Verbandes (Gossipscher Verband) traten für die Aufnahme der fraglichen Organisationen in die Internationale Union ein. Das Ergebnis der sehr gründlichen Aussprache war die Annahme einer Entschließung, die unter anderem besagt, „daß an die Internationale Union der Holzarbeiter nur Verbände angeschlossen sein können, die bereit sind, zu erklären, daß sie der Roten Gewerkschafts-Internationale oder dem Propagandakomitee der Roten Holzarbeiter-Internationale oder irgendeinem Komitee, das eventuell zu dem gleichen Zweck gegründet würde, keinerlei Unterstützung leisten und mit derartigen Instanzen oder Organisationen keinerlei Beziehungen unterhalten werden; und daß das Exekutivkomitee ermächtigt ist, Verbände, die dieser Resolution zuwiderhandeln, auszuschließen.“

Der Sekretär der Internationalen Union erwähnt in seinem Bericht über diesen Gegenstand im „Bulletin“, daß gegen den erwähnten Beschluß wiederholt gesündigt worden sei. Das Exekutivkomitee habe aber in der Frage zunächst Zurückhaltung geübt. Der Kongreß in Brüssel im Jahre 1925 hat den Wiener Beschluß bestätigt. In der Folge habe sich das Exekutivkomitee dann ausgiebig mit den Kommunisten beschäftigt. Das Auftreten der Moskauer hatte aber an sich schon bewirkt, daß die Sympathien für sie in den Ländern, in denen sie vorhanden waren, erkalteten, mit wenigen Ausnahmen.

Der eine Fall betrifft den finnischen Holzarbeiter-Verband. Die Moskauer „Rote Gewerkschafts-Internationale“ hat nach der Auflösung des „englisch-russischen Einheitskomitees“ besonders Skandinavien als Werbegebiet ausersehen. Es wurde die Parole eines skandinavisch-finnisch-russischen Vertrags ausgegeben, der sich auch die Holzarbeiterbewegung fügen sollte. Als Ausfallort nach Skandinavien diente der finnische Holzarbeiter-Verband. Das skandinavische Holzarbeitersekretariat, dem alle Holzarbeiterorganisationen Dänemarks, Schwedens und Norwegens angehören und dem bis vor kurzem auch der finnische Verband angeschlossen war, wollte von einem solchen Vertragsabschluß jedoch nichts wissen. Als daraufhin der finnische Verband auf eigene Faust ein Abkommen mit den Russen einging, wurde er auf Grund des Wiener Beschlusses unserer Internationalen Union der Holzarbeiter aus dem skandinavischen Holzarbeitersekretariat ausgeschlossen. Dieser Ausschluß wurde in Übereinstimmung mit dem Sekretariat der I.U.H. vollzogen. Es ist selbstverständlich, daß der finnische Holzarbeiter-Verband nach allem, was geschehen ist, nicht als Mitglied der I.U.H. betrachtet werden kann, es sei denn, daß er seinen Vertrag mit den Russen noch rechtzeitig rückgängig macht.

Auch der britische Möbelarbeiter-Verband hat sich auf einen Gegenseitigkeitsvertrag mit dem russischen Holzarbeiter-Verband eingelassen. Wenn Maßnahmen gegen den finnischen Verband ergriffen werden, müssen diese also auch auf den englischen Möbelarbeiter-Verband Anwendung finden. Dazu kommt noch, daß unsere I.U.H. nicht länger dulden kann, daß eine der ihr angeschlossenen Organisationen sich dauernd als Werkzeug im Kampfe gegen sie gebrauchen läßt. Der britische Möbelarbeiter-Verband beteiligt sich regelmäßig an den Konferenzen des „Internationalen Propagandakomitees der revolutionären Holzarbeiter“. Er unterbreitet diesen Konferenzen Berichte, läßt sich von ihnen Aufträge mitgeben, besucht die Verbandstage kommunistischer Holzarbeiterorganisationen, kurz und gut, er ergreift jede Gelegenheit, um ohne Rücksicht auf die Beschlüsse unserer internationalen Kongresse seine Sympathien und seine Geistesverwandtschaft mit den Kommunisten zu demonstrieren. Es ist höchste Zeit, daß damit für alle Zukunft Schluß gemacht wird.

Wie wir aus anderer Quelle erfahren, hat noch Anfang Mai dieses Jahres in Moskau eine Konferenz des sogenannten englisch-russischen Komitees der Holzarbeiter stattgefunden, an welchem sich der britische Möbelarbeiter-Verband durch zwei Delegierte beteiligte. Es wurde dort beschlossen, dieses Komitee mit dem russisch-finnischen zu verschmelzen. Es scheint, daß der englische Möbelarbeiter-Verband nicht willens ist, selbst die Konsequenzen aus seinen Moskauer Sympathien zu ziehen. Seine Vertreter erklärten nämlich, daß sie den an den Internationalen Holzarbeiter-Kongreß gestellten Antrag zurückziehen, statt dessen aber den Antrag auf Einberufung eines Einheitskongresses stellen würden. Sie wollten auch weiterhin in ihrer Tätigkeit fortfahren, die „Tollwut der Russophobie (Russenfeindschaft) der Woudenberg, Farnow und Konforten zu überwinden“. Das ist eine Tätigkeit, der sie sich am besten außerhalb der Internationalen Union der Holzarbeiter widmen.





# Unterhaltung und Wissen



## Die soziale Frage.

Von Ludwig Prattsch.

Wer wird sie lösen? Ein Großhopsenhändler gibt seinen Untergebenen Anweisung, wie der soziale Mensch dieser Frage gegenüberzutreten soll.

Zuerst sei festgestellt, dieser Händler der Großstadt hat draußen an der Grenze der Provinz noch eine größere Industrieanlage. In Holz, für Holz. Er läßt in dieser Fabrik allerhand Möbel machen, Qualitäten, wie sie das Volk braucht. Einfach und fest. Keinen Luxus. Dazu sind angelebte Provinzarbeiter gut genug. Zur Anleitung und Regulierung der Holzbearbeitungsmaschinen sind ein Duzend alt-eingelehrte Facharbeiter am Platze.

Der vielseitige Unternehmer betreibt so nebenher einen Holzhandel. So ist er fest im Sattel der pfiffigen, raffinierten Kapitalanwendung und gilt als rationeller Arbeitskraftverwerter. Weil er kein nackter Ausbeuter sein will, erprobt er an seinem Arbeitspersonal die Wirkung seiner sozialen Studien. Was er will, müssen seine Betriebsleiter, Aufseher und Arbeitspolizisten ausführen.

„Die Strafgeelder werden in einer Unterstufungsklasse für unsere Arbeiter verwendet... verstanden?“

Es werden da eine Masse Strafgeelder notiert. Wer davon was haben soll, das bestimmt irgendein Fabriklosak höheren Ranges. Viele Arbeiter kriegen nichts davon. Sie hören nur täglich das Geschrei des Strafmeisters: „Hä, Sö, Stranzelhuber, Sö ham vo ihm Nachbarn geschnupft... das kostet ehna a Fußzgerl und dem andern a Zwanzgerl. Kommt in die Strafkasse... übrigens, dös is sicher a soziale Einrichtung... Denn die ordentlichen unter engs kriegen dös Geld ja wieder...“

Also notiert der Strafmeister die Sache.

Am Montag ist kein Holz hergerichtet für die Zurechtmaschine. Die Maschinenleute müssen ausgehen. Sie fragen nicht und gehen.

Anderen Tages in aller Frühe brüllt der Meister im Maschinensaal: „Ihr Brüder dahinten an den Maschinen habts gestern blau gemacht!...“

Die Leute protestieren.

Der andere kräht: „Maul halten, blau gmacht habt er... Kostet jedem a Mark!“

Der energische menschliche Baumstamm notiert und spreizt seine Bümmelfigur.

Kommt der Großunternehmer heraus aus der Großstadt, um Bericht zu hören in seiner Holzprofitmacherei, staunt er über die satte Strafkasse. Neben der Belobung seiner braven Arbeitsüberwacher meint er, der gute Herr in sozialen Dingen: „Daß aber den Leuten die Sache so paßt...“

„Dös wird den Kerls scho passend gmacht...“, brühtet sich brutal der Oberzwicker.

Diesmal läßt der Herr aus der Stadt den Befehl da, es muß noch mehr geschehen für die Arbeiter seiner Fabrik. Er hält seinen Unteroffizieren einen kleinen Vortrag darüber,



was sie versuchen sollen, was zu tun ist, um für seine Holzarbeiter die soziale Frage zu lösen. Wohlwollend schließt er mit den Worten: „Ich habe schon angeregt, daß die sozial denkenden Herrschaften am Orte ein Wohltätigkeitsfest halten sollen, wird geschehen... Überschuß fließt in unsere Fabrikunterstützungskasse... macht doch unseren Arbeitern plausibel, wie die besseren Herrschaften besorgt sind ums Wohl der Arbeiter... sie tanzen, der Armut zu helfen und das Elend auszurotten... was macht unser harmonischer Fabrikverein? Singen die Leute? Sind sie zufrieden, die Hackers? He?“

„Erlaube mir zu vermeiden... es gährt a waggerl in unsrer Bude... Da ham mer Stülker drei so hinterwäldlerische Bärenkerls kriegt, die ham in der Stadt so a düffel kultiviert und die wollen die andern rebellisch machen wegen dem roten Verband...“

Sier wird der Vermelder vom allgewaltigen Fabrikanten unterbrochen und angesungen: „Was? Der rote Verband? Wird nicht geduldet! In sozialen Dingen lassen wir uns

nicht von außen her dreinspuschen... wir lösen diese Frage selber... was ich noch sagen will... vergeßt es nicht bei arbeiterfreundlichen Maßnahmen: Die soziale Frage ist in der Hauptsache eine Magenfrage...“

Der Allergescheiteste unter den Fabrikauspassern entleert mit einem Wortschwall sein saftiges Maulwerk und bringt den Beweis, daß er sozial denkt. Wenn auch überred. Also meint er geistreich: „Mit Verlaub, Herr... da kint ja die Gründung eines Freßvereins vorgenommen werden. Stimmt's?“

## Kleine Krauterwerkstatt.

(Jodyl)

Quer in den Hof verbaut aus roten Ziegelsteinen,  
So hoch die kleine Werkstatt düst'rig da —  
Und auch die engen Nachbarsbüben sind ganz naß,  
Wo Mütter immer schimpfen und die Kinder weinen.

Von Sonne steht man nicht sehr viel in dieser Welt,  
Auch daß es grüne Felder gibt, scheint hier vergessen —  
Manchmal, um Mittag, riecht es nach verbranntem Essen,  
Und kommt ein Leiermann, verkümpert spärlich Geld.

Zwei, drei, vier Stämme Bretter, aufgestapelt in der Ecke,  
Erinnern schwach, daß es noch Wälder gibt;  
Der Junge, der den Lieferwagen manchmal schiebt,  
Schleppt Späne ein in große Leinwandfäcke.

Und stierm Fenster an der alten Hofbank,  
Da faustet der Geselle voller Eifer.  
Der Meister, ja, das ist ein toller Keiser  
Und macht schon wieder mit dem ältsten Besirgung Stank.

Das heißt: Im Grunde gilt es doch den zwei Gesellen,  
Die fordern nun energig die a Tarif.  
Der Alte weiß, die Sache geht vielleicht noch schief,  
Und schließlich muß er selbst, wach an den Kratzbock stellen.

Er greift voll Mut nach seine in staub'gen Rock,  
Die Mühe auf — und leert erst noch die Flasche;  
Schiebt dann den Zollstock in die Hofentacke  
Und geht auf Kundenschaft nach unten im ersten Stock.

Doch in der kleinen Werkstatt helles Sägesingen,  
Ein Hobel pfeift, ein Hammer poltert laut:  
Sind wir auch quer im engen Hof verbaut,  
Die neue Zeit wird doch in diesen Winkel dringen.

Otto Lienz.

„Stimmt, stimmt! Bravo! Das lenkt die Leute ab von umstürzlerischen Gedanken... ein satter Bauch gibt den zufriedenen Geist... Sie haben recht, mein lieber Schnüffel... für Ihre Mitarbeit in meinem Sinn sind Sie von Stund an Erster Betriebsleiter...“ schmunzelte der Herr, worauf der neugebadene Betriebsleiter spitzig die Frage tut: „Warum net Direktor?“

Dorob will der Herr hochfahren. Die unterwürfige Miene, mit der Herr Schnüffel seine rausgeplante Freiheit deckt, bringt den Fabrikanten auf den Gedanken, er ist zwar ein scholler Heuchler, dieser tüchtige Buchelmacher; aber gerade die Art Menschen genießen mein Vertrauen. Darum lacht er: „Na, meinetwegen auch Direktor... aber die Entlohnung wird davon nicht berührt, daß Sies nur wissen, hahahaha!“

Für diesen Spott bedauert sich die lachhafte Figur des Direktors.

Mit vereinter Kraft wirken nun die Vorgesetzten der beglückten Arbeiter an dem Wohlergehen der Leute, um sie vollends glücklich zu machen.

Die Rede von dem geplanten „Freßverein“ wird von ganz bestimmter Seite und mit ausgerechneter Schlaumeteierei unter die Fabrikleute gebracht.

„Dös haßt mer a Frage ventilieren, a Sache aufpumpen, damit's einschlägt...“ lacht großtuerisch der Direktor.

Wahrhaftig, wer das Gebaren der Arbeiter beobachtet, der merkt, der Plan schlägt ein. Aber halt wie.

„Die Kerls san frech! Gruppenweise stehen die Arbeiter, reden über das und jenes! Lassen sich nichts sagen! Wissens, Herr Direktor, was mir der langbeinige Stoffel als Antwort zugebrüllt hat: Laßt den Herrn holen aus der Stadt... mir ham a ernstes Wörtel mit ihm zu reden...“

„Wird gemacht...“ ich geh aus Telefon, in aner Stund is der Herr mit dem Auto Ficher da...“, sagt der Direktor.

Eine Stunde später ist der Herr aus der Stadt da und geht der Abordnung seines Arbeitspersonals recht freundlich um das Maul. Der Herr sagt: „Nun, meine lieben Mitarbeiter, was habt ihr auf dem Herzen? Raus mit der Sprache, ja?“

Zwei große Steiger macht der langbeinige Stoffel, steht vor dem Fabrikanten und redet, wie ihm der Schnabel gewachsen ist: „Grad raus glagt, zu was brauchen wir an



Freßverein? Also furt mit dem Schnüffel von der Wohltuererei, von der getanzt und der gepiffenen... Zahlns den Tariflohn, nachdem kann sich a jeder kaufen, was er will! Den Bohn wollen alle, und alle Jan's jezt beim — der-schredens net, Herr — alle Jan's beim roten Verband...“

„Allmächtiger Gott, so ist all mein wohlwollendes Streben, alles Schinden und Plagen für das Wohlergehen meiner Arbeiter umsonst...“, jammert der vielseitige Unternehmer und sunt in seinen Sessel.

„Trintens an Kornjad...“, meint recht gemütvoll der langharige Stoffel...

## Wie alt ist die Erde?

Das höchste Alter, das man unserm Erdball zumessen kann, beträgt nach den neuesten Berechnungen des großen englischen Physikers Rotherford 3400 Millionen Jahre. Wie in der „Umschau“ berichtet wird, bediente er sich dabei der Aufnahmen des Massenspektrographen von Dr. Aston. Aston fand bei der Untersuchung des Bleis aus dem seltenen norwegischen Mineral Bröggerit neben gewöhnlichem Blei solches vom Atomgewicht 207. Dieses letztere Blei muß durch radioaktiven Zerfall des Aktiniums entstanden sein; Aktinium wieder bildet sich durch Zerfall des Urans, und zwar in der Aktino-Uran genannten Form. Da nun wahrheitsgemäß das auf der Erde sich findende Uran seinen Ursprung in der Sonne hat, muß der Zerfall in dem Augenblick begonnen haben, in dem die Erde sich von der Sonne trennte, also ihr eigenes Dasein begann. Nimmt man nun an, daß in dem Urangericht das Aktino-Uran sich in derselben Menge befand, wie es jezt hauptsächlich vorkommt, so sind ungefähr 8400 Millionen Jahre notwendig gewesen, um den Zerfall so weit fortschreiten zu lassen, daß nur noch ein vierter Prozent Aktino-Uran vorhanden ist, eine Menge, die sich im gewöhnlichen Uran findet. Andere Untersuchungen radioaktiver Mineralien haben ein Alter von mindestens 1700 Millionen Jahren für die Erde ergeben, so daß also das Alter der Erde zwischen 17 und 34 Jahrhundert-Millionen liegen muß.

## Ungehobene Schätze am Südpol.

Das Südpolargebiet, für das sich bisher nur die Geographen „erwärmen“ konnten, wird allmählich zu einem Streitobjekt der internationalen Wirtschaftspolitik. Von der Shackleton-Expedition wurden in der Antarktis ungeheure Kohlenlager entdeckt, wohl die reichsten der Welt, die sich über ein Gebiet von 800 englischen Quadratmeilen erstrecken und beste Kohle enthalten. Der Leiter einer anderen englischen Expedition, der dort reiche Lager von Kupfer und Molybdän entdeckte, und vermutete, daß in der Nähe viel Gold läge, gab nach seiner Rückkehr den Rat, England möge schnellstens vom Südpolargebiet Besitz ergreifen. Wie in letzter Zeit ebenfalls hervorgehoben wird, erhebt der südliche Kontinent einen „unverdienten Wertzuwachs“ als wichtige zukünftige Station für den Flugverkehr zwischen Australien und Südamerika. Aus ähnlichen Ursachen haben auch die Russen alle zwischen der nord-sibirischen Küste und dem Nordpol befindlichen Inseln als ihr Gebiet in Anspruch genommen und damit in das bisher geltende Besitzrecht des ersten Entdeckers eine Bresche geschlagen.

Während die Nordpolarkländer bereits politisch aufgeteilt sind, ist die große Ländermasse um den Südpol noch herrenlos, wird aber stillschweigend von England als sein Besitz betrachtet. Dies erhellt aus dem Konflikt, der zwischen Norwegen und England entstand, als die Norweger die im äußersten Süden des Atlantischen Ozeans gelegene, bis 1927 herrenlose Bouvetinsel als Stützpunkt für seine Walfänger benutzte. Auch entstand später anlässlich eines Fluges von Byrd ein lebhafter Zwiespalt zwischen England und den Vereinigten Staaten über die Zugehörigkeit der von diesem überfliegenen Südpolgebiete. Es ist wahrscheinlich, daß auch Argentinien und Norwegen bei der Verteilung der Antarktis als Mitbewerber auftreten werden, und daß dabei Argentinien seinen Anspruch auf die Falkinseln, von denen es 1835 durch die Engländer vertrieben wurde, erneuern wird.



# Bücher und Zeitschriften

**Die Holzbearbeitungsindustrie der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR)** unter besonderer Berücksichtigung des russischen Holzexportes. Von Dr. Viktor Zinghaus. Verlag von Gustav Fischer, Jena. Preis 5,80 Mk. — Russland als das walddreichste Land der Erde hat nur eine schwach entwickelte Holzindustrie. Zinghaus geht auf diese auffällige Tatsache aber nicht näher ein, wie er sich überhaupt weniger mit der Holzindustrie als mit der Forstwirtschaft beschäftigt. Nur über die Sägewerksindustrie bringt er einiges Material, das zum größten Teil aber bereits bekannt ist. Auch über die russische Waldwirtschaft weiß Zinghaus viel Neues nicht zu berichten. Immerhin hat er sich durch die Zusammenstellung des Materials ein Verdienst erworben. Wertvoll sind seine Darlegungen über die russische Wirtschaftspolitik, die alles andere als sozialistisch ist. Hoffentlich ist es Dr. Zinghaus bald möglich, die angekündigten Spezialuntersuchungen durchzuführen. Diese sollten sich vornehmlich auf den Umfang der holzverarbeitenden Industrien, ihre Betriebs- und Arbeiterzahl und auf ihre Entwicklungsmöglichkeiten erstrecken. Im Zusammenhang damit stehen natürlich der Stand und die Aussichten der Sägewerks- und Sperrholzindustrie und das Problem der Rohstoffversorgung der russischen Holzindustrie, das nicht so einfach liegt, wie manche Leute im Hinblick auf den Holzreichtum des Landes annehmen.

**Straße — endlose Straße.** Gedichte von Otto Ziese. Verlag der Bagabunden, Sonnenberg, Post Stuttgart-Degerloch. Preis 1,50 Mk., geb. 2 Mk. — Ziese ist unseren Lesern kein Unbekannter, denn die „Holzarbeiter-Zeitung“ hat schon mehrere Gedichte und Erzählungen von ihm veröffentlicht. Von Beruf Modellstecher (und als solcher natürlich Mitglied unseres Holzarbeiter-Verbandes), hat er Deutschland lang und quer durchwandert. Die Landstraße war jahrelang seine

Heimat. „Ziese gehörte zu jener unsichtbaren Armee,“ schreibt Max Barthel in seinem Geleitwort zu der Zieseschen Gedichtsammlung, „die schon viele Jahrhunderte über die Landstraßen der Welt tippelt, er gehörte zu der Sternensbruderschaft der Zerklumpten, der Verferteten, der Sehnsüchtigen“, und fügt wir hinzu, zu denen, die trotz Not und Elend ihre Arbeiterwürde und den Glauben an eine bessere Zukunft nie verloren haben. Das zeigen uns alle seine Gedichte. Gegenwart und Zukunft, verbunden durch das Sehnen nach Befreiung des arbeitenden Menschen, finden in seinen Gedichten bereiten Ausdruck.

**Ramsay MacDonald: Unsere Politik.** C. Laubsche Verlagbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W. 30. Preis 2,50 Mk., in Leinen gebunden 3,50 Mk. — Das Buch erschien 1924, nach der erstmaligen Übernahme der Regierung durch MacDonald. Ob er heute noch jedes Wort von damals unterschreibt, wissen wir nicht. Aber jedenfalls ist sein Buch auch jetzt noch lesenswert. Es sei besonders denen empfohlen, die den praktischen Erfolg höher einschätzen als die Theorie des Erfolges.

**Freiheit und Verfassungsfeier** (Heft 6 der Schriftenreihe „Feste der Arbeiter“). Preis 1 Mk. — Natur, Wandern, Waldbeste (Heft 8 der Schriftenreihe „Feste der Arbeiter“). Preis 80 Pf. Verlag E. Altenberger, Waldenburg-Altwasser (Schlesien), Steigerweg 23. — Die Hefte wollen den Arbeiterorganisationen bei festlichen Veranstaltungen mit guten Ratschlägen an die Hand gehen. Sie enthalten viele schöne Gedichte und Prosaarbeiten.

**Der Motorradfahrer,** ein praktisches Nachschlagewerk. Von Reinhold Hebis, Ing., mit 92 Abbildungen. 2. Auflage, Band IX von Volksmanns Kraftfahrer-Bibliothek. Preis kartoniert 3 Mk. Verlag C. J. E. Volkmann Nachf. G. m. b. H., Charlottenburg 2. — Das Buch gibt in alphabetischer Anordnung Auskunft über alle Einzelheiten eines Motorrades. Besonders für Anfänger ist ein Buch wie dieses zum Selbstunterricht in Bau und Gebrauch ihres Rades unentbehrlich. Aber auch der geschulte Motorradfahrer kann dem Buche noch manchen nützlichen Wink entnehmen.

**Die Gemeinwirtschaft.** Monatschrift für Theorie und Praxis der Gemeinwirtschaft. Herausgeber: Bruno Jählich, Jena, Oberer Philosophenweg 29. Preis vierteljährlich 2,40 Mark. — Die vorliegende Mai-Sondernummer ist der Stadt Berlin gewidmet.

**Sozialistische Bildung.** Mit den ständigen Beilagen „Bücherwarte“ und „Sozialistische Erziehung“. Herausgegeben vom Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Bezugspreis 1,50 Mk. im Vierteljahr durch die Post oder durch die Buchhandlung. Einzelhefte 75 Pf. Probehefte stellt der Herausgeber gern zur Verfügung.

**Gesundheit,** Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg 1, Berliner Straße 137. — Auch die Zunimmern dieser lebenswerten Zeitschrift bringt wiederum eine Reihe interessanter Abhandlungen. Erwähnt seien: Säuglings- und Kleinkinderpflege — Milchgenuss und Säuglingssterblichkeit — Ist Hochkost gefährlich? — Die Zeitschrift wird an den Schaltern der Krankenkassen den Versicherten unentgeltlich ausgehändigt.

**Das Samariterbüchlein.** Ein schneller Ratgeber bei Hilfeleistung in Unglücksfällen für Samariter- und Rotkreuzvereine, Sanitätskolonnen, Unfall- und Rettungsdienste, Berufsgenossenschaften, Feuerwehren, Polizeibehörden, unfallgefährliche Betriebe aller Art, Jugend-, Turn-, Sport- und Wandervereine usw. Von Dr. A. Baur. Neubearbeitet von Obermedizinalrat Dr. Schleicher, Oberbahnarzt. Mit 44 Abbildungen. 70. bis 77. Auflage, 464. bis 513. Tausend. Preis 60 Pf. Muthsche Verlagbuchhandlung, Stuttgart.

**Technik für alle.** Monatshefte für Technik und Industrie. Verlag Died u. Co., Stuttgart, Pfizerstraße 7. Vierteljährlicher Bezugspreis (3 Hefte und eine Buchbeilage) 2,25 Mk. Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag, in diesem Falle wird das Porto besonders berechnet. — Das vorliegende Aprilheft enthält wertvolle Aufsätze aus allen Gebieten der Technik und Wirtschaft, u. a. einen Artikel über „Aus Bretterabfällen neue Bretter“.

**Verfetter Breffer** auf Goldbleiten sofort gesucht. Goldbleitenfabr. Emil Breyinger, Deffenheim (Ober-Elb.).

**Junger Schreiner,** 21 Jahre alt, sucht Stellung als Möbelschreiner. Angeb. erbeten an die Verwaltungsstelle Selbst.

Wir empfehlen: **DER WAGENBAUER** Ein Lehr- und Hilfsbuch für Wagenbau und Autotaxi-Bearbeitung von J. Geldwabel Preis 10 Mark Verlagsanstalt des Deutschen Holzarb.-Verbandes G.m.b.H., Berlin SO., Am Kölln. Park 2

**Sperrholz** allen Holzarten, auch zugeschnittene Masse jederzeit prompt lieferbar. F. Max Junghanns, G.m.b.H., Sperrholz - Furniere - Werkzeuge, Dresden - N. 15, Arsenal, Eingang A.

**Hobelbänke,** la Qualität, süddeutsche Ausführung. Blatt u. Gestell ged. trock. Buchenholz, 200 cm Blattlänge, mit Stahlspindel, zum Reklamieren von 95 Mk. mit Verpackung frei jeder Station. Abbildungen gratis. Werkzeugezusätze gegen 20 Pf. Briefmarken. Max Walther, Dresden 22, Rehefelder Strasse 53.

**Woll & Comp., Klingenthal Sa. Nr. 115** Ge. Katalog gratis. Auftr. u. M. 10. an wirts. Sch. Holzbau, M. 1,50 p. St.

**Hobelbänke 75RM** 2 m lg., la Qualität, Blatt beste ged. Rob. Stahlsp., kompl. Preisl. gratis. Karl Reichel, Pirmas, Artilleriekaserne 6

**Laubsäge** HOLZBRAND-KERBSCHNITT I. Brendel, Muthsches 43 Pf. HO 2

Wir empfehlen:

## Kunsttechnische Handbücher zur Selbstschulung im Zeichnen und Malen

Ölmalerei von K. Wehite.....Mk. 2,—  
 Aquarelmalerei von F. Nockher..... 2,50  
 Pastellmalerei von Gustav Teissédre..... 2,50  
 Farbstützzeichnen und Malen von E. von Taund..... 1,75  
 Technik der Malerei von A. Wirth, Einführung in die techn. Behandlung aller Malverfahren..... 2,50  
 Federzeichnungen von A. Gruber..... 2,50  
 Technisches Zeichnen von A. Gruber..... 3,—  
 Zeichnen für alle von A. Gruber..... 3,—  
 Perspektivische Zeichnung (ohne Mathematik) von A. Gruber..... 2,50  
 Landschaftszeichnen in Öl von W. Williams-Marpurg..... 1,75  
 Landschaftszeichnen und Malen v. A. Rinneberg..... 1,75  
 Skizzen und Wiedergaben von A. Rinneberg..... 1,75

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. - Berlin SO 16 - Am Köllnischen Park 2

## Alles fährt LINDCAR

Kleinste RATEN Ohne ANZAHLUNG

LINDCAR FAHRRADWERK AKTIENGESELLSCH. BERLIN - LICHTENRADE

UNTERNEHMEN DER GEWERKSCHAFTEN

Auskunft und Bestellung durch die Verbandsbüros oder Ortsausschüsse des ADGB.

## Sprechmaschinen-Laufwerke

z. Selbst-einbauen (2 Doppelschneckenfederwerk la Doppelschneckenfederwerk nebst allem Zubehör, wie Muttern, Gummiunterlagen, Bremse, Regulator, Kurbel mit Rosette, 25 cm Plattenteller m. Tuchbezug, Nickelklappbügelarm, in Aluminium-Schalldose franko nur Mark 26

Tonführungen an Holz und Metall nach Katalog.

Versand p. Nachm. Katalog gratis u. franko an jedermann von **ROBERT HUSBERG - Neuenrade** L.W. / Nr. 10

## Billige böhmische Bettfedern!

1 Pfund graue, gute geschlossene Bettfedern 80 Pf., bessere Qualität 1 Mk., halbweiße flaumige 1,20 Mk. und 1,40 Mk., weiße flaumige, geschlossene 1,70 Mk., 2 Mk., 2,50 Mk., 3 Mk.; feinste geschlossene Halbflaum-Herrschaffedern 4 Mk., 5 Mk., 6 Mk. Rupfedern, ungeschlossene, m. Flaum gemengt, halbweiße e. 1,75 Mk., weiße 2,40 Mk., 3 Mk.; allerfeinster Flaumrupf 3,50, 4,50 Mk. Versand jeder beliebigen Menge zollfrei gegen Nachnahme, von 10 Pf. an franko. Muster und Preisliste kostenlos.

**S. Benisch in Prag XII, Ameriká ul. Nr. 26. 180. Böhmen.**

## Musikinstrumente - Sprechmaschinen!

Schallpl. v. 1 Mk. an. Umtausch gestattet. Kein Risiko! Tausende Dankschr. **Ernst Hess Nachf.**, Stammsfabrik gegr. 1872. Klingenthal i. Sa. 111. Katalog gratis. Alleinfabr. d. ges. gesch. Sprechm. m. Zelluloid-Überzug, herrl. Aussehen.

## Fachschule

Prosp. g. Rückp. **Für Wagen- u. Karosseriebau Köthen** Ausbildung zu Meistern, Technikern, Kastenmacher-Kurse, Führerschein **Gummiwaren** Hygien. Artikel. Preisliste 0 gratis. „Arbeits“- „Arbeits“- Berlin SW. 68. Alte Jakobstraße 8

## Laufwerke

la Qualität, Tonführungen aus 3 fach verleimtem Holz, höchste Resonanz bietend. Prospekt gratis u. franko von O. Elze, Sprechmaschinenfabrik Braunschweig, A. d. Petrikirche 2.

## Ulma-Hobel

1 Satz Rauhbau, Putzhobel, Doppelhobel, Schlächthobel, Schrophobel Mk. 31,- frei Haus. Putzhobel mit verstellbarem Maul Mk. 5,50. Stechheisen „Kirsche“ mit Palentheiten, 6 Stück Mk. 7,85. Nichtgefallendes nehme ich zurück. M. Walther, Dresden-Neustadt Rehefelder Strasse 53.

## Innungs-Tilchler-Fachschule in Beckum (Westf.).

Prospekt frei durch die Leitung höherer & Kraut

## Billige Fachschriften 1.50

jeder Band in Ganzleinen gebunden und Mt.

**Tischlerarbeiten.** Von Prof. E. Biehweger. Band I: Material, Handwerkszeuge, Maschinen, Einzelverbindungen, Fußböden, Fensterladen, Fenster, Treppen, Aborte. Mit 628 Abbildungen. Band II: Türen und Tore, Anordnung und Konstruktion, Hausüren, Tore, Balkontüren, Stürzen. Mit 296 Abbildungen. Band III: Innere Türen, Flügeltüren, Pendeltüren, Schiebetüren, Rormentüren, Drehtüren, Wandverkleidungen, Decken. Mit 338 Abbildungen.

**Die Radeltücher.** Von Prof. Dr. F. B. Reger. Mit 80 Abbildungen, 5 Tabellen und 3 Karten.

**Die Landhäuser.** Von Prof. Dr. F. B. Reger. Mit 74 Text-Abbildungen und 6 Tabellen.

**Das Holz.** Von Prof. Hermann Wilda. Aufbau, Eigenschaften und Verwendung. Mit 109 Abb.

**Die Werkzeugmaschinen für Holzbearbeitung.** Von Dr. Karl Trauweit. Mit 99 Abb.

**Stilunde.** Von Prof. A. O. Hartmann. Band I: Altertum und Mittelalter. Mit 11 Vollbildern und 142 Textillustrationen. Band II: Renaissance und Neuzeit. Mit 2 Vollbildern u. 61 Textillustr.

**Zentral-Verdichtungs.** Von Hans Freyberger. Mit 132 Abbildungen.

**Geometrisches Zeichnen.** Von H. Peder. Mit 230 Abbildungen und 23 Tafeln.

**Schichtenkonstruktionen.** Von Professor J. Bonderkinn. Mit 114 Abbildungen.

Verlagsanstalt des **Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G.m.b.H.**, Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2

## Tischlerschule

Blankenburg am Harz  
 Ausbildung als Meister, Techniker u. Innenarchitekt. Programm geg. Rückp.

**Billige böhm. Bettfedern**  
 nur reine, gutgefüllend. Sorten. — Ein Kilo graue geschlossene 3 Mk., halbweiß 4 Mk., weiße 5 Mk., bessere 6 Mk., 1 Mk., daunenweich 6 Mk., 10 Mk., beste Sorte 12 Mk., 14 Mk., weiße ungeschlossene 7,50 Mk., 9,50 Mk., beste Sorte 11 Mk. Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet. Benedikt Sachsel, Lobos Nr. 782 bei Pilsen, Böhmen.

## Echt ULMA

Putz- und Doppelhobel. 5,50 M. Andere Werkzeuge auf Anfrage. Versand per Nachnahme **Leop. Reichelt, Löbau (Sa.).**

## Betten

garantiert federdicht gestreiftes Inlett, 1 1/2 schläfrig, grosses Oberbett, Unterbett, 1 Kissen mit 14 Pfund grauen Federn gefüllt, zusammen 38,50 Mark. Dasselbe rot, 2 Kissen mit 16 Pfund besseren grauen Federn, 63,— Mark.

## Bettfedern

graue, pro Pfund 0,95 Mark, bessere 1,50 Mark, graue Halbdaunen 3,25 Mark, weiße Federn 4,95 Mark, graue Daunen 8,50 Mark. Metallbetten und Matratzen billig. **Frachtfrei.** Tausende Dankschreiben. Muster und Katalog frei.

Bei Nichtgefallen das Geld zurück.

## Bettenfabrik Th. Kranefeld

Kassel 268, Bettfederngrosshandlung u. Versand, Gegr. 1895.

## Sonnland-Faltboote

nach Art der Klepperboote!

Wer für den schönen und gesunden Sport „Wasserwandern“ ein sehr gutes und trotzdem billiges Faltboot sucht, schaffe sich das bewährte „Sonnlandboot“ an. Kein anderes Boot der billigeren Preislage kann sich damit vergleichen. Sonnlandboote sind sicher, zuverlässig und ununterwärtlich.

Wanderer komplett M. 148,-  
 Wanderer komplett M. 185,-  
 Lieferung nur direkt ab Fabrik — auch gegen bequeme Monatsraten von RM. 9,50 an.

Verlangen Sie kostenlose Zusendung des reichillust. Kataloges H.Z. **Sonnland - Faltbootbau** Rosenheim-Oberwör O. 10